

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Mfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die Siebengefaltene Kolonelle resp. deren Raum 1.— Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraph-Adresse: **Altverband Wochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Offen.**
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Wochum, Wiemelshausenstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Das Zustandekommen eines Friedenswertes im Ruhrbecken.

Der VII. Entwurf einer neuen Satzung des Wochumer Knappschaftsvereins ist in der Generalversammlung des Vereins vom 20. Juni einstimmig von den Ältesten und Werkvertretern angenommen worden. Das verhängnisvolle Zwangsstatut ist nicht nur mit dem 1. Juli 1908 beseitigt, sondern seine bisherigen finanziellen schädlichen Wirkungen sind gleichzeitig mit beseitigt worden, da dem neuen Statut rückwirkende Kraft gegeben wurde.

Mit der Annahme des neuen Statuts ist ein Kampf zwischen Ruhrbergleuten und Grubenbesitzern zu Ende gegangen, wie er hartnäckiger und langwieriger um Knappschaftsfordernungen noch nicht geführt wurde. Es war mehr als nur ein Kampf um das Statut. War es nur das, dann wäre nicht das Interesse weiterer Preise weit über das Ruhrbecken hinausgeweckt worden. Die ungeheuerlichen Machtfaktoren, die sich bei Kämpfen, sei es bei Streiks, sei es bei sonstigen Bewegungen im Ruhrbecken, gegenüberstehen, besonders wenn es sich um den Bergbau handelt, wo jetzt circa 820 000 Arbeiter beschäftigt sind, sind es, die jede Bewegung in ihrer Bedeutung weit über die lokalen Grenzen hinausdrängen. Und je weiter wir mit der Zeit kommen, um so ausgeprägter und wichtiger wird sich diese Bedeutung der Kämpfe gestalten. Das Ruhrbecken ist wie geschaffen für das Feld, auf dem die wirtschaftlichen Schichten der Zukunft geschlagen werden. Betrachtungen hierüber an dieser Stelle anzustellen, halten wir nicht für opportun.

Nein, der hinter uns liegende Kampf war nicht nur allein ein solcher um das Statut, der Kampf galt mit den Gesetzesverfälschern der reaktionären Mehrheit des preussischen Dreiklassenparlamentes und es war ein Kampf der Abwägung der vorhandenen Kräfte bei Kapital und Arbeit, Kapital und Arbeit, Grubenbesitzer und Bergarbeiter maßen sich in ihren Kräften! Beide Richtungen waren ihren Willen in die Waagschale und der Preis war, Herrenrecht oder Bergarbeiterrecht, aber aber als drittes die gegenseitige Verständigung. Aber der Kampf zeigte noch ein weiteres, das sind die Erfolge, die die deutschen Bergarbeiter erzielen könnten, wenn sie zum gemeinsamen Kampf um einen sich beschleunigenden Wertminderungskampf und schließlich Krieg um Weltmarktgebühren die Kräfte der Bergarbeiter zersplittern, dann vermögen diese es schon heute, ihren Willen an den Mann zu bringen. Das hat die letzte Knappschaftsreformbewegung recht klar bewiesen. Sie war ein geschichtliches Lehrbuch für alle Bergarbeiter, nicht nur für die im Ruhrbecken. Wenn wir heute noch einmal die einzelnen Abschnitte des Knappschaftskampfes kurz registrieren, dann verfolgen wir den Zweck, die Bergarbeiter auf die Lehren dieses mächtigen und hartnäckigen Ringens ganz besonders hinzuweisen. Ziehen unsere Kameraden dann die nötige Nutzenwendung, so haben wir auch hier Samen ausgestreut, der herrliche Früchte für die gesamte Bergarbeiterchaft tragen muß.

Wie war es früher? Wo die Knappschaftsstatuten geändert wurden, hat man werksseitig sich wenig um den Willen der Knappschaftsmitglieder gekümmert. Wie die Herren es wollten, so wurde es gemacht. Genau so ist es bei den letzten Knappschaftswahlen in solchen Revieren gewesen, wo keine kräftige Arbeitervertretung in den einzelnen Knappschaftsvereinen die Forderungen der Bergarbeiter stützten. In weiteren Bezirken haben die Bergarbeiter das Geschenk eines neuen Statuts erhalten, ohne von dessen Existenz vorher Kenntnis gehabt zu haben. Sie waren auch oft zu dankbar, um sich zu rühnen, zu feigen, um Forderungen zu stellen. Darum erging es ihnen wie den „artigen Kindern“, die nichts erhalten, über die man sich bei den Werksherrn höchstens ins Fäustchen lacht. Hier waren die Arbeiter die Betrogenen. Sie mußten sich nicht nur zufrieden geben mit dem, was ihnen die letzte verpfuschte Knappschaftsnovelle verschwandte, sondern auch mit dem, was man ihnen in den einzelnen Vereinen werksseitig oder durch die Knappschaftsverwaltungen an arbeiterfeindlichen Statuten bot. Schon anders im Ruhrbecken. Die Werkbesitzer trafen die Ältesten schon vorbereitet, als der erste Statutenentwurf ihnen zugestellt wurde. Die Mehrheit der Ältesten war sich darüber klar, weiteren Verschlechterungen als die, die durch das Knappschaftsstatut herbeigeführt wurden mit allen Kräften entgegenzuarbeiten, sollte es es wolle. Der Entwurf zeigte, wohin die Werksherrn zielten. Statt Verbesserungen waren außer den durch das Gesetz veranlaßten auch eine ganze Anzahl andere Verschlechterungen im Entwurf enthalten. Es fehlten jedwede rechnerischen Grundlagen über die kommenden finanziellen Leistungen. Demgegenüber wurde aber verlangt, daß die Ältesten noch das alte Statut — damals noch geltend — dahin umändern sollten, daß dem § 79 der Satzung am 20. Dezember noch der folgende Absatz 2 hinzugefügt werden sollte:

„Der Vorstand ist befugt, im Wege des Vertrages mit andern preussischen Knappschaftskassen einen Rückversicherungsverband zu gründen.“

Die Satzungen dieses Rückversicherungsverbandes sollten dann später ausgearbeitet und den Ältesten übermittelt werden. Dann, so wurde beschlossen, sollten einige Herren, wie der Knappschaftsdirektor Kühne, Geheimrat Beckmann, die Ältesten kommissionarische Ausschüsse über den Rückversicherungsverband und die künftigen Knappschaftssatzungen „aufklären“. So war die Situation im April 1907, die sicherlich zeigte, daß die Werksherrn und die Knappschaftsverwaltung wenig bescheiden waren. Ein solches Vorgehen war man von früher her gewöhnt, nur hatte man sich jetzt verrechnet. Das Knappschaftskollegium war nicht mehr aus Beherren-treuen und Jagagern zusammengesetzt, sondern aus Leuten, die zunächst das Interesse der Bergarbeiter im Auge hatten.

Die Verbandsältesten machten gegen den Entwurf mobil, der Bergarbeiterverband rief auch die Ruhrbergleute auf den Plan, wie der Bergarbeiterverband überhaupt die führende Stellung in der ganzen Knappschaftsreformbewegung beibehielt. Es war darum auch kein Wunder, daß die Erfahrungen, die Kühne und Beckmann in den Ältestenkommissionen gemacht hatten, für die beiden Herren recht trübe waren, die Ältesten wollten erst das Material prüfen und nichts von ihrem Mitbestimmungsrecht abtreten, was aber der Fall gewesen wäre, wenn oben angeführte Forderung des Statuts vor sich ging. Die Ältesten lehnten es ab, die „Kas im Sack“ zu

kaufen. Es wurde ferner verlangt, daß erst Beschluß herbeigeführt werde über die Satzungen des Knappschaftsvereins. Erst dann wolle man sich mit dem Anschluß an den Rückversicherungsverband beschäftigen.

Die Annahme des Knappschaftsgesetzes im Dreiklassenparlament lag ein Jahr zurück, die Herren hatten also Zeit genug gehabt, um ihre Pläne auch rechnerisch zu belegen. Auf Grund der Ältestenopposition unterblieb dann auch die für Juni einberufene Generalversammlung des Knappschaftsvereins. Der Kampf verschärfte sich. Daß die Verbandsältesten nicht träge waren, bewies, daß sie zu dem neuen Entwurf nicht weniger als 90 Anträge gestellt hatten und zwar schriftlich, schriftlich wurden solche mündlich vorgebracht, aber diese Anträge entsprachen oft nicht einmal den gefassten Beschlüssen der Bergarbeitertage, an denen der Gewerksverein teilgenommen hatte. Wie nachträglich auch der Schäfer-Wagnerprozeß bewies, stand es anfänglich mit der gewerkschaftsseitig eingeleiteten Aktion gegen den Entwurf recht kümmerlich.

Es erschienen die neuen Statutenentwürfe des niederschleischen und des obereschleischen Knappschaftsvereins, die neuen Statuten der Wurmknappschaft u. a. Überall konnte man aus den Statuten ersehen, wie das Knappschaftsgesetz ausgenutzt worden war, und wie man bestrebt war, in den Knappschaftsvereinen weitere Verschlechterungen für die Bergarbeiter herbeizuführen. Am 26. Juli gab man endlich auch im Wochumer Knappschaftsverein einige Beschlüsse für das neue Statut bekannt. Vorgesehen waren hauptsächlich Erhöhung der Rentensatzbeiträge von 80 auf 95 Mfg. pro Woche, Aufhebung des Kindergeldes, die Erhöhung des Krankengeldes von 50 auf 60 Proz., jedoch waren die Lohnklassen von 18 auf 11 ermäßigt worden. Es kam im Knappschaftsvorstand zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Ältesten und den Werkvertretern in die sich auch der Vertreter des Oberbergamts mischte. Dieser empfahl den Ältesten, anzunehmen, was ihnen geboten würde und er machte auf etwaige Folgen aufmerksam. Ein Werkvertreter drohte, „keinen Schritt mehr nachzugeben.“ Das war der Kampf, der die Bergarbeiter in immer größeren Massen in die Versammlungen rief. Kein Statut ohne wirkliche Verbesserung, hieß es!

Der vierte Entwurf lag vor. Wie in den vorhergehenden Entwürfen waren auch in diesem die Verschlechterungen vorhanden. Wäre dieser Entwurf damals angenommen worden, dann müßten schlimme Folgen für die Bergarbeiter heraufbeschworen werden. War doch auch im Entwurf das Mitbestimmungsrecht der Ältesten im Knappschaftsverein durch eine Reihe von Bestimmungen so gut wie aufgehoben. Andere Bestimmungen wieder kürzten die Rechte der Knappschaftsmitglieder, erhöhten aber deren Pflichten. In den Bergarbeiterversammlungen konnte man die Erregung der Ruhrbergleute leicht begreifen. Einer nur war befriedigt. Das war **August Bruff**, der Gesetzeschmied.

Bruff hatte Grund dazu, sich für ein schnelleres Zustandekommen des Statuts ins Zeug zu legen, denn je länger es dauerte, um so mehr kamen die christlichen Bergarbeiter dahinter, was ihnen durch das Knappschaftsgesetz, das unter hervorragender Mitwirkung Bruffs zustande gekommen, beschert worden war. Aber nicht nur Bruff, sondern auch die Zentrumspresse fing an, nach altem Muster bewußt die Bergarbeiter zu betrügen. Sie kam her und nahm das Mandat auf, die Verbandsältesten verantwortlich zu machen für eventuelle Verschlechterungen des Statuts. Die Verbandsältesten hätten doch die Majorität. Vornehmlich war es die „Westfälische Volkszeitung“, die diesen Arbeiterbetrug propagierte. Unser Flugblatt, das wir herausgegeben hatten, um die Sachlage zu klären, wurde verhöhnt. „Es sollte uns goldene Eier legen“ usw. Dabei waren es christliche Älteste, die mit den Werkvertretern gemeinsam im Satzungsausschuß bzw. Vorstand gegen unsere Verbesserungsanträge Front machten, diese niederstimmten, und was noch unbegreiflicher ist, auch Forderungen des Gewerksvereins, also Forderungen der eigenen Organisation. Die christlichen Ältesten folgten den Eingebungen August Bruffs, der so eine Art Nebenregierung neben der Gewerkschaftsleitung ausübte.

Schließlich beschimpfte man uns auch gewerkschaftsseitig. Als wir das Verhalten der Gewerkschaftsältesten und der übrigen christlichen Ältesten kritisierten, wurden wir in der politischen Ausgabe des „Bergknappen“ vertierete Auswürfe der Menschheit genannt. **Denn man in die Schanze spucken sollte.** Die Gewerkschaftsleitung ließ Flugblätter gegen den Verband los, in denen, wie in der Zentrumspresse, aufmerksam gemacht wurde auf die Majorität der Verbandsältesten. Die Verbandsältesten wurden auch hier von vornherein verantwortlich gemacht für die Verschlechterungen, die da kommen würden usw. Sprengkolonnen, gebildet von Nichtbergleuten, wurden, wie in Essen, ausgesandt, um die Verbandsversammlungen zu stören. Stürmisch wurde gewerkschaftsseitig die Abfertigung Gues verlangt, der doch schließlich nichts getan hatte, was der Knappschaftsbewegung zum Schaden hätte gereichen können, der aber alles darangesetzt, wie immer, so auch hier, die Knappschaftsreform zugunsten der Bergarbeiter fördern zu helfen. Das Vorhaben des Gewerksvereins wie der Zentrumspresse war nur zu durchsichtig, um nicht erkannt zu werden. Das war für den Verband Veranlassung genug, die Bergarbeiter, auch die christlichen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die aus solchem Treiben entstehen mußten. Hätte sich der Verband damals reizen lassen, wir hätten zwar längst ein Statut, aber was für eins! Und die schwarze Demagogie hätte dann ihr Teil schon dazu beigetragen, die Spuren ihrer Mitwirkung zum verpfuschten Gesetz zu verwischen. Da hinaus sollte es gehen, aber der Bergarbeiterverband hielt auf seinem Posten aus. Er verlangte ein energisches Zusammengehen aller Verbände gegen die Verschlechterungen des Wochumer Knappschaftsstatuts. Der Verbandsvorstand wandte sich trotz aller Anfeindungen durch den Gewerksverein an den Vorsitzenden der Siebenerkommission, Herrn Effert, damit er eine gemeinschaftliche Sitzung einberufe. Auch im Gewerksverein drängte es bei den Bergleuten nach einem gemeinsamen Vorgehen gegen das Statut. Und das wird nicht die letzte Veranlassung gewesen sein, weshalb Effert denn schließlich die Sitzung der Siebenerkommission einberief. Sie fand am 10. September statt. Zwei Tage vorher

waren die Verbandsältesten in Essen, die Gewerkschaftsältesten in Wochum zusammengetreten.

In diesen Sitzungen zeigte es sich, daß dem einigen Vorgehen der Verbände hier recht wenig im Wege lag, nichts weiter, als die Verschlechterung der Zentrumspresse und einzelner Gewerkschaftsmitglieder standen ihm entgegen. In Wochum fand man den Mut, Bruff energisch die Stelle zu zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hatte. Er mußte die Konferenz verlassen, ein Schicksal, das er sich gründlich verdient hatte.

Die Ältesten beider Richtungen einigten sich schnell. Die vom Verbands vorgeschickten Verschlechterungen wurden als solche von den Gewerkschaftsältesten anerkannt. Es kam in den Revieren sogar zu gemeinschaftlichen Versammlungen der Gewerksvereiner und Verbändler, die gewöhnlich mit einem Hoch auf die Gültigkeit der Bergarbeiter geschlossen wurden. Die Heyer und Körgelpeyer waren bald kalt gestellt. Vereint ging es nunmehr dem Feind entgegen.

Am 28. September war eine Generalversammlung des Knappschaftsvereins einberufen. Schäfer, der christliche Älteste, zog hier zugunsten der Anträge des Verbandsältesten Nobis die Gewerksvereinsanträge zurück. In dieser Generalversammlung nahmen teil auch der Kommissar des Ministers, Geheimrat Oberberggrat Steinbrink, und Berghauptmann Liebrecht. Es kam zu einer lebhaften und anregenden Debatte, jedoch eine Einigung blieb aus. Ein Vertagungsantrag wurde gestellt, ferner ein Antrag eine vierzehngliedrige Kommission aus Ältesten und Werkvertretern zu wählen, die der nächsten Generalversammlung geeignete Vorschläge unterbreiten sollte. Beide Anträge wurden angenommen und die Generalversammlung auf den 12. Oktober vertagt. Die Kommission trat bald zusammen.

Der Generalversammlung am 12. Oktober wurde ein sechster Entwurf vorgelegt. Der Erfolg der Kommissionsarbeiten war, daß die Werkvertreter die meisten Verschlechterungen, die sie in der Statutenentwurf hineinluzierten, wieder zurückgezogen hatten. Trotzdem blieb der Entwurf für die Ältesten unannehmbar, weil er für den Fortfall des Kindergeldes einen zu geringen finanziellen Ausgleich bot. Die Ältesten befanden darauf, die Invaliden mit geringen und mittleren Dienstjahren besser zu entschädigen, da diese Invaliden sonst zu stark benachteiligt würden. Die Werkbesitzer lehnten jedoch ein weiteres Entgegenkommen ab. Dann kam der bekannte Vorschlag Steinbrink.

Der Vertreter des Ministers suchte die Werkbesitzer und Ältesten auf seinen Vorschlag hin näher zu bringen. Die Ältesten traten zu einer kurzen Unterredung zusammen und stellten zu den Vermittlungsvorschlägen Steinbrinks den einen Zusatzantrag, daß für die oben bezeichneten Invaliden — mit 5 bis 22 Dienstjahren — die Rente um durchschnittlich 40 M. jährlich noch erhöht werden sollte. Die Werkbesitzer lehnten bei der Abstimmung die Vorschläge Steinbrinks verbunden mit dem Antrag der Ältesten ab. Die Ältesten, die nur noch formell abstimmten, wiesen ihrerseits dann den vierten Entwurf nebst den Steinbrink'schen Vorschlägen mit 300 gegen 25 Stimmen zurück. Diese Abstimmung hat gezeigt, wie viele Älteste auf eigene Vorteile verzichtend, sich der geschädigten Invaliden annahmten. Die Schulung durch die gewerkschaftlichen Organisationen der Bergarbeiter ist also nicht unfruchtbar gewesen.

Das Statut war gefeilt um weniger Pfennige halber, die die Werkvertreter hätten mehr zahlen müssen. Dennoch gab es Organe, die die Schuld für die Ablehnung des Statuts einzig und allein den Ältesten und den Bergarbeiterorganisationen in die Schuhe schoben mit dem Erfolge, daß sich die Bergarbeiter um so fester um die oppositionellen Ältesten scharten. Ein Zeitungskrieg ging vor sich, wie er selten um eine Sache durchgefochten wurde. Im übrigen ließen sich die Ältesten und die Verbände nicht beirren. Im Anfang November wurde von ihnen gemeinschaftlich ein neuer Rentenentscheidungsantrag der Forderung für die Invaliden in den jüngeren und mittleren Dienstjahren berücksichtigt. Die Werkspresse hatte auf das Entgegenkommen der Werkvertreter hingewiesen, falls die Arbeiter mit Vorschlägen kommen würden. Besser orientiert war die „Rheinische Zeitung“, die ein weiteres Entgegenkommen der Werkvertreter zunächst beifriedt. Der Vorschlag hatte hingegen zur Folge, daß für den 28. Dezember eine neue Generalversammlung einberufen wurde. Doch auch hier kam es zu keiner Verständigung. Die Werkbesitzer lehnten nicht nur den vorgelegten Rentenentscheidungsantrag ab, sondern auch einen Unterantrag der den Werkbesitzern entgegenkam und der forderte, daß die Beiträge sich um 2 Mfg. erhöhen sollten, dafür sollte die Knappschaftsverwaltung nach einer von ihr festgestellten Berechnung die niedrigen Renten erhöhen. Die Haltung der Werkbesitzer führte denn auch dazu, daß die Ältesten zum zweiten Male mit 295 gegen 88 Stimmen bei geheimen Abstimmungen das Statut ablehnten. Unter diesen 88 Ältesten dürften sich kaum Verbandsälteste befinden haben. Die schwankende Haltung vieler Gewerkschaftsältester war am selben Tage früh in einer gemeinschaftlichen Sitzung aller Ältesten von Effert angekündigt worden. Der Grund für diese Abschwenkung kann hauptsächlich in der Ankündigung und Verteilung der Zwangsstatuten durch die Bergbehörde gesucht werden. Feststellen aber wollen wir noch, daß für die Ältestenvorschläge diesmal auch Werkbesitzer im Spiel waren.

Das Zwangsstatut trat mit dem 1. Januar in Kraft. Nun gab es Gelegenheit das verpfuschte Knappschaftsgesetz auf seine Wirkung auszuprobieren. Die Verschlechterungen, die das Gesetz veranlaßt, traten in Kraft, mehr noch erregte die Gemüter der Bergarbeiter die Kürzung der Krankengeldbezüge für die oberen Lohnklassen. Trotzdem sprachen die Bergarbeiter wiederum den oppositionellen Ältesten ihre Anerkennung und volles Vertrauen aus. Ueber Unrecht leiden, als Unrecht tun! Um einer verhältnismäßig geringen Anzahl Invaliden nicht die so schon fargen Renten schmälern zu lassen, darum das Eintreten der Ruhrbergleute für sie. Nur ein stark ausgeprägtes Solidaritätsgefühl und weitgehende Kameradschaftlichkeit konnte die Ruhrbergleute zu solcher Handlung fähig machen. Wie beim Streik: Alle für einen, einer für Alle. Wir können stolz auf unsere Ruhrbergleute sein.

Nochmals setzte der Kampf gegen die Ältesten und Organisationen in verführerischem Maße ein. Die Werkbesitzer ließen gleichzeitig mit den Zwangsstatuten Zirkulare verbreiten, mit denen gegen die

Verbands- und Verbände geübt wurde, ebenso wurden massenhaft Flugblätter zur Verteilung gebracht, um die Bergarbeiter zu überzeugen. Alles half den Grubenbesitzern nichts. Die Bergarbeiter hielten tren zu ihren Vertretern und Verbänden. Wussten sie doch, daß diese nur das Beste für die Bergarbeiter gewollt und daß sie keine unberechtigten Forderungen gestellt hatten.

Wie die letzte Öffentlichkeit an den Vorgängen im Ruhrbecken interessiert war, zeigte sich, als der Reichstag sich mit der Ablehnung des Statuts und dem Knappschaftswesen befaßte. Die Knappschaftsdebatten im Reichstag, die nahezu drei Sitzungstage in Anspruch nahmen, bedeuteten für die Arbeiter und die Bergarbeiterverbände eine glänzende Rechtfertigung. Fast allseitig wurde anerkannt, daß die Vertreter an dem Hauptantragskomitee des Statuts die Schuld trügen, nicht die Arbeitervertretung. Aber im Reichstag wurde weiter festgestellt, daß die reaktionären Gesetzesentwürfe im preussischen Landtag einschließlich der Zentrumspartei erst die Grubenbesitzer Gelegenheit gegeben haben, so vorzugehen, wie es geschehen ist. Es ist ein Skandal, wie dann auch das Zustandekommen von Statuten in einzelnen Knappschaftsverbindungen vor sich ging und es war ein Glück, daß sich wenigstens in einigen Meineren wieder die Opposition zeigte, alles voran im Ruhrbecken. Dem Unternehmerrhythmus, der hier bisher seine Orgie feierte, ist wenigstens in Knappschaftsfragen ein Paroli geboten worden, wie es sich die Grubenbesitzer wohl niemals gedacht haben.

Die Bergarbeitervertreter haben trotz der bisherigen Stellungnahme der Werkschergen im Ruhrbecken die Knappschaftsfrage nicht ruhen lassen. Sie bahnten neue Verhandlungen an, die schließlich zu dem Ergebnis führten, daß ein VII. Entwurf ausgearbeitet wurde, der eine Rentenerhöhung vorsah, ohne daß die Beiträge erhöht zu werden brauchten. Ein Vorschlag, eine Erhöhung des Zinsfußes für das Vereinsvermögen in die Wege zu leiten, um Deckungsmittel für die vorgeschlagenen Rentenerhöhungen zu erhalten, fand Anklang und führte zur Einberufung der Generalversammlung am 20. Juni, wo endlich die Einigung erzielt wurde.

Wir haben geglaubt, gut zu tun in kurzen Zügen die einzelnen Phasen des hinter uns liegenden Kampfes kurz zu skizzieren, wie auch einzelne Erinnerungen von neuem wachzurufen. Sind wir doch zu leicht geneigt schnell zu vergessen, da in unserer schnell lebenden Zeit ein Ereignis das andere treibt. Zur Ruhe kommen wir ja nicht. Aber nötig ist, daß wir nicht vergessen, gar nichts von dem, was uns wie allen Kameraden angeht und was mit so viel Mühe erst errungen werden mußte. Wer den VII. mit dem IV. und I. Entwurf der Satzungen, wie sie zur Beratung kamen, vergleicht, der wird die Erfolge nicht verkennen, die die Bergarbeiter im Ruhrbecken und ihre Vertreter durch ihr strammes Zusammenhalten errangen. Auf dem Verbandsbureau in Bochum häufte sich das Material, die Berechnungen usw. wegen dem Knappschaftsstatut zu bilden. Vollen an; ein prächtiges Waffenarsenal, das uns Vergleichen gute Dienste im Kampf um die Knappschaftsrechte geleistet hat.

Das Zusammenwirken aller wie die Zusammenfassung der Kräfte hat die Ruhrbergleute vor einer Niederlage im dem hinter uns liegenden Kampfe bewahrt. Vorteile sind errungen worden, Verschlechterungen abgewehrt. Wenn das noch nicht in höherem Maße geschehen konnte, wie wir es alle wünschten, nun damit liegt es daran, daß unsere Macht hierzu noch nicht ausreichte. Aber was wir in die Waagschale werfen konnten, hat Früchte getragen. Lernen wir daraus die nötigen Maßnahmen zuziel!

VI. Deutscher Gewerkschaftskongress in Hamburg.

Montag, den 22. Juni.

Der Kongress tagt im großen festlich geschmückten Saale des neu-erbauten Gewerkschaftshauses der Hamburger Arbeiterschaft. Um 9 1/2 Uhr eröffnete Regien im Auftrag der Generalkommission die Verhandlungen mit einer kräftigen Ansprache. Er begrüßte die anwesenden Delegierten und die in- und ausländischen Gäste. Auf dem Kongress sind fast zwei Millionen organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, eine Zahl, wie sie keine einheitlich geschlossene Organisation in irgend einem Lande erreicht. Aus kleinen Anfängen ist die Entwicklung mühsam aufgebaut, jahrzehntelang hat es gedauert, ehe eine nennenswerte Zahl organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen war. An dieser Tätigkeit hat der Kongresspart wesentlich Anteil. Für die politische, wie auch für die gewerkschaftliche Bewegung ist Hamburg ein historischer Ort.

Schon 1868 faßte hier der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein das erste Sympathiegesetz zugunsten der Berufsgenossen-

schaftlichen Organisation. Manche Enttäuschungen begleiteten den Weg der Arbeiterorganisation, aber sie setzte sich gerade unter dem Sozialistengesetz hier in Hamburg durch, und während nicht eine öffentliche Arbeiterversammlung gehalten wurde, schlossen sich die gewerkschaftlichen Vereine immer fester zusammen. Nach dem Fall des Ausnahmegesetzes nahmen sie trotz vorübergehenden Stillstandes bald einen raschen, groben und anhaltenden Aufschwung. Über diese Entwicklung vollzog sich unter dem schärfsten Überblick der Regierung und der herrschenden Klassen. (Sehr wahr!) Ausnahmengesetz, Umsturzgesetz und Zuchtshausvorlage sagen uns genug. Nach in der letzten Geschäftsperiode mußten wir das Berufsvereinsgesetz abwehren, das die Gewerkschaften nicht weniger schwer geschädigt hätte als die Zuchtshausvorlage. (Sehr wahr!) Manche Bestimmungen des angeblich vom liberalen Block durchgeführten neuen Vereinsgesetzes sind gleichfalls direkt gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet. (Sehr wahr!), so die Bestimmungen gegen die Jugendlichen, die wir erziehen müssen, und gegen die fremdsprachigen Arbeiter, die wir für unsere Organisationen brauchen. Und noch tun Regierung und herrschende Klassen unredlich, daß sie die moderne Arbeiterbewegung bekämpfen. Denn wenn Deutschland jetzt unter den Industrieländern einen ersten Platz einnimmt und sogar dem alten Industriestaat England Konkurrenz machen kann, so dankt es das nicht seinem stehenden Heere und seinen Müllungen, sondern der Intelligenz der deutschen Arbeiterschaft. (Lebhafter Beifall.) Diese Intelligenz aber dankt die Arbeiterbewegung nicht den Herrschenden, sondern sich selbst. Aus eigener Kraft, mit Hilfe der Organisation, hat sie sich emporgearbeitet zu einem Machtfaktor des wirtschaftlichen und politischen Lebens. (Sehr wahr!) Die Regierungen können sie wohl von Zeit zu Zeit umgehen, aber entziehen können sie sich unserem Einfluß auch nicht mehr. Ohne die Arbeiterorganisationen kann das Reichstatistische Amt keine Arbeiterstatistik machen. Wir haben die gesuchte Hilfe stets gern gewährt. Aber auf die Dauer ist der Zustand nicht haltbar, daß eine Reichsbehörde unsere Hilfe in Anspruch nimmt, während die anderen Reichsbehörden uns nicht als vorhanden betrachten müßten. (Sehr wahr!) Wir werden uns die volle Anerkennung der Regierungen erzwängen, bitten werden wir nicht darum. (Lebhafter Beifall.) Um das recht drastisch zum Ausdruck zu bringen, haben wir die Regierungen, die sich auf dem Heimarbeiterkongress nicht hatten vertreten lassen, wo es sich doch um die Befreiung der Lage der elendlichen Arbeiterfamilien handelte, zu diesem Kongress nicht eingeladen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Kongress wird auch ohne amtliche Vertretung einen Fortschritt bedeuten zur völligen rechtlichen Anerkennung der deutschen Gewerkschaften. (Stürmischer Beifall.)

Größe-Hamburg begrüßt die Delegierten namens des Sozialkomitees. Hierauf wird zur Wahl des Bureaus geschritten.

Zu Vorsitzenden werden Regien und Dömelburg, zu Schriftführern Cohen-Berlin (Metallarbeiter), Schneider-Gannover (Fabrikarbeiter), Knäuper-Altenburg (Müllensarbeiter), Wolmann-Charlotteburg (Porzellanarbeiter), Bortels-Dortmund (Bergarbeiter) und Prützke-Landskron (Textilarbeiter) gewählt.

Dömelburg übernimmt den Vorsitz. Der Kongress gibt sich seine Geschäftsordnung und setzt seine Tagungszeit fest auf 8-12 Uhr vormittags und 2-6 Uhr nachmittags.

Zu Mitgliedern der Mandatprüfungskommission werden Hübsch (Textilarbeiter), Sasse (Bergarbeiter), Glöck (Fischer), Schmidt (Gärtner), Knäuper (Zimmerer), Bloch (Buchbinder) und Schulz (Transportarbeiter) gewählt.

Am nachmittags 10 Uhr eine neungliedrige Redaktionskommission gewählt werden, in der alle Industriezweige vertreten sind. Sie erhält sofort den Auftrag, eine Resolution zu dem Punkte „Grenzfreiheiten“ auszuarbeiten, um die Debatte fruchtbarer zu gestalten, sie abzukürzen — es liegen 18 Vorträge vor — und ihr vorzuziehen eine bestimmte Richtung zu geben.

Es folgt die Festlegung der Tagesordnung.

Hierzu liegen eine Anzahl Vorträge vor. Sie wird wie folgt festgelegt:

1. Erlebigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. (Berichterstatter: C. Legien.)
 - Veratung der Vorträge betreffend:
 - a) Allgemeine Agitation.
 - b) Arbeiterinnen-Sekretariat. (Berichterstatterin: J. Altman-Berlin.)
 - c) Agitation unter den Dienstboten. (Berichterstatterin: S. Grünberg-Altenberg.)
 - d) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern.
 - e) Streikunterstützung und Streikstatistik.
 - f) Heimarbeiterfrage.
 - g) Kommission zur Befreiung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber. (Berichterstatter: P. Blum-Berlin.)
 - h) Korrespondenzblatt.
 - i) Waiseler.
3. Zentral-Arbeitersekretariat.
 - a) Bericht über die Tätigkeit. (Berichterstatter: R. Schmidt-Berlin.)
 - b) Die Vertretung der Rechtssuchenden durch die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre vor den Gerichten. (Berichterstatter: C. Lesche-Hamburg.)
4. Die Grenzfreiheiten.

5. Die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. (Referent: S. Wollensbüchel.)
 6. Die staatliche Verflechtung der Privatangestellten. (Referent: D. Lange-Hamburg.)
 7. Die gewerkschaftliche Stellenvermittlung. (Referent: S. Pösch-Berlin.)
 8. Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. (Referent: D. Lümann-Hamburg.)
 10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erlebigen Vorträge.
- Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission erstattet Regien: Der ausführliche schriftliche Bericht bedarf nur in einem Punkte der mündlichen Ergänzung: 1. in der Frage des Verhältnis der Gewerkschaften zu den Genossenschaften; 2. in der Frage der Waiseler; 3. in der Frage des sogenannten gewerkschaftlichen Frauenblattes und 4. in der Frage der fremdsprachigen Arbeiter.

Der letzte Kongress in Köln hat dem Genossenschaftswesen seine Sympathien ausgesprochen, andererseits bestimmte Forderungen gestellt. Es haben sich wegen der letzteren doch einige Schwierigkeiten in den Weg gestellt und es mußten gegenseitig Verhandlungen gepflogen werden, die bis jetzt folgende ergeben haben:

Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Waiseler Resolution (es handelt sich hier um eine Resolution des Genossenschaftstages, der einige Forderungen, die der Kongress in Köln aufgestellt hatte, nicht so akzeptierte, wie es gewünscht wurde. In Bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollen die Genossenschaften vorbildlich sein), durchaus nicht mit dem alten Prinzip der Vorbildlichkeit brechen will. In diesem Sinne wird er dem Genossenschaftstag in Eisenach eine Resolution vorlegen. Wird sie, die geeignet ist, die Mißstimmung in Gewerkschaftskreisen zu beseitigen, jetzt dort angenommen, dann können wir untererseits dieselbe Erklärung wie in Köln zugunsten der Genossenschaften abgeben.

In Sachen der Waiseler haben die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses Veranlassung zu nicht unerheblichen Debatten und Auseinandersetzungen zwischen der Partei- und Gewerkschaftspressen gegeben. Die Folge war, daß zwischen Generalkommission und Parteivorstand eine Verständigung darüber gesucht wurde, ob es möglich sei, die Waiseler einheitlich zu regeln. Nach der erstmaligen Befreiung wurde in Aussicht genommen, die Frage der Waiseler auf dem nächsten internationalen Sozialistenkongress auf die Tagesordnung zu setzen, um eventuell eine Änderung des früheren Beschlusses herbeizuführen und ihn so zu formulieren, daß die Arbeiterorganisationen aller Länder ihr nachkommen können. Die Voraussetzung dafür, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses kommen sollte, war, daß bei der Vorbesprechung der deutschen Delegierten keine Einigung herbeigeführt wurde. Diese Einigung ist in Stuttgart erzielt worden. Der Parteitag in Essen beauftragte dann den Vorstand zu Verhandlungen mit der Generalkommission mit der Mahnung, daß ihre Vereinbarungen als rechtsverbindlich gelten sollten. Diese Vereinbarung ist bekannt: Sie wird den Gegenstand weiterer Erörterungen bei dem Punkt der Tagesordnung: „Die Waiseler“ bilden.

Besonders der Frauenzeitung sei bemerkt, daß der Bericht des „Vorwärts“ über das angebliche Projekt der Herausgabe einer Frauenzeitung falsch ist. Auch der Verbandstag der Textilarbeiter hat nicht loyal gehandelt. In keiner Ausschussung, in keiner Konferenz der Vorstände ist ein solches Projekt verhandelt worden. Die Textilarbeiter brauchen auf ihrer Tagung sich nicht so auszulassen. Ich lasse die Frage hier ganz offen, ob die vielen von Gewerkschaften abonnierte „Gleichheit“ geeignet ist, unzulängliche Arbeiterinnen zu gewerkschaftlichen Mitkämpfern zu erziehen, weil keine Unterlage zu einer solchen Beurteilung gegeben ist. Jedenfalls liegt die Sache so, daß wir, wenn wir eine solche Einrichtung für zweckdienlich, notwendig und möglich halten sollten, uns von niemandem darin werden lassen und sie durchzuführen werden. Es ist in der Generalkommission kein Projekt ausgearbeitet worden.

In der Frage der ausländischen Arbeiter müssen wir protestieren gegen das Vorgehen der preussischen Regierung, die sie ganz zu willkürlichen Lohnsklaven der Arbeitgeber machen will. Die Legitimationskarten, die das preussische Ministerium des Innern eingeführt hat, lauten auf einen bestimmten Arbeitgeber und werden nur ausgeschrieben, wenn der Arbeiter einen neuen Arbeitgeber findet. Somit wird er ausgebeutet, wenn er nicht zu seinem alten Arbeitgeber zurückgeht. (Beifall.) Das Verfahren galt ursprünglich nur für die Landarbeiter, aber es greift jetzt mehr und mehr auch in die Industrie über. Das bedeutet für die ausländischen Arbeiter die Aufhebung der Freizügigkeit und spricht aller Kultur Bösen. Der Kongress wird einstimmig in der Verurteilung dieser Rechtswidrigkeit sein. Wir verlangen, daß die ausländischen Arbeiter genossen ebenso behandelt werden, wie die einheimischen, und daß der kulturelle Segel und seine arbeitserzieherische Praxis sofort beseitigt wird. (Allgemeiner Beifall.) Damit legt die Generalkommission ihr Mandat in Ihre Hände zurück. (Beifall.)

Der Kassenerbericht der Generalkommission erstattet Rube-Berlin. Namens der Revisoren bestätigt Cohen-Berlin, daß die Kasse in Ordnung war. (Die „Bergarbeiter-Zeitung“ hat S. 3 über den Kassenerbericht der Generalkommission berichtet. D. H.)

Der Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats gibt Ida Altmann: Das neugegründete Arbeiterinnensekretariat betrachte sich nicht als Frauenvertretung und wolle nicht eine gewerkschaftliche Frauenbewegung schaffen, sondern sich innerhalb der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung nur als besonderes Organ zur Förderung der Agitation unter den arbeitenden Frauen betätigen. Die Tätigkeit des Arbeiterinnen-

Unfallverhütungs- und Rettungswesen im Bergbau.

Wie wir schon mitgeteilt, hat in Frankfurt a. M. vom 10. bis 14. Juni der erste internationale Kongress für Rettungswesen stattgefunden, zu dem fast sämtliche Staaten Vertreter entsandt hatten und wo auch unser Verband durch vier Kameraden vertreten war. Man war zusammengekommen, um Erfahrungen auszutauschen und über Mittel und Wege zur Rettung besonders bei großen Katastrophen zu beraten. Weil der Bergbau ein Beruf ist, der gefährlichsten ist, hielt unser Verband es für selbstverständlich, Vertreter zu entsenden, um zu lernen und die gemachten Erfahrungen im Interesse der Kameraden zu verwerthen. Unsere vier Vertreter sind denn auch den Verhandlungen und Veranstaltungen mit dem größten Interesse gefolgt und werden nicht verfehlen, den Maßstab berechnender Kritik dort anzulegen, wo das Allgemeininteresse es gebietet. Es ist ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, daß die Vertreter der Staaten und der herrschenden Klassen den Weg internationaler Verständigung über das Rettungswesen beschritten haben. Allerdings ist das Rettungswesen etwas, an dem alle Völker und Staaten in gleicher Weise interessiert sind und es wird keinem Menschen einfallen, die Vertreter und Veranstalter des Kongresses, weil sie den Weg internationaler Verständigung gesucht haben, als international und vaterlandlos hinzustellen. Ebenso brennende Fragen und Forderungen aber waren es, welche die Arbeiter zuerst auf den Weg internationaler Verständigung gebracht haben. Wie aber sind sie dafür von denselben Leuten, die jetzt von der eisernen Notwendigkeit gedrängt, immer mehr denselben Weg gehen, als international und vaterlandlos beschimpft, geschmäht und verfolgt worden? Wenn wir weiter auch weit davon entfernt sind, jetzt in denselben Fehler zu verfallen, so überkommt uns doch eine stille Verurteilung, unsere Regierungen und Verfolger jetzt immer mehr dieselben Wege wandeln zu sehen, die wir vor ihnen beschritten haben. Die Arbeiter können mit Stolz und Genugthuung von sich sagen, daß sie auch auf diesem Gebiete zuerst vorbildlich gemittelt haben, und daß die Herrschenden ihnen jetzt, von den Verhältnissen gedrängt, nur nachhinken. Wie sagen von den Verhältnissen gedrängt und mit Recht, denn die großen Katastrophen, welche die Menschheit heimsuchen, vor allen Dingen bei der Schiffahrt und im Bergbau, machen vor keinen Grenzspalten halt; sie fordern gebieterisch, daß sich die Menschen über die so eng gezogenen Grenzen hinaus die Hände zum Retterlande reichen, um Mittel und Wege zu suchen, der leidenden Menschheit zu helfen. Hier zeigt sich wieder so recht deutlich, daß die Verhältnisse stärker sind, als des Menschen Willen.

Wir werden über den Kongress nicht im launelichen Sinne berichten; vieles was dort vorgekommen und leider nur einen viel zu dekorativen Anstrich hatte, interessiert uns weniger. Aus den Verhandlungen und Veranstaltungen wollen wir nur das herausheben, was für die Bergarbeiter von ganz besonderem Interesse ist.

Der Kongress verhandelte in 10 getrennten Abteilungen über alle möglichen Gebiete des Rettungswesens. Als Redner der einzelnen Abteilungen fungierten bedeutende Spezialisten auf dem Gebiete des Rettungswesens des In- und Auslandes, deren Vorträge aber zu weit führen würde. Uns interessieren besonders die Verhandlungen der Abteilung VII, über Rettungswesen im Bergbau und verwandten Betrieben.

So interessant die hierüber gepflogenen Verhandlungen nun auch waren, haben sie uns doch nicht ganz befriedigt, im Gegenteil würden wir in mancher Hinsicht sehr enttäuscht. Vor allen Dingen hätten wir erwartet, daß man dem Unfallverhütungswesen auch einige Aufmerksamkeit gewidmet hätte, weil wir der Ansicht sind, daß dieses noch wichtiger ist als das Rettungswesen. Diese Ansicht sprachen auch die Herren Geheimer-Oberbergat Meißner-Berlin, Bergat Schöffler-Berlin, Hagenhausen-Hannover und Professor Siegemann-Nachen — leider aber nur sehr kurz — aus, ohne auf die Sache selbst weiter einzugehen. Im übrigen wurde gerade dieser Punkt garnicht näher berührt, was wir für außerordentlich verfehlt und bedauerlich halten.

Die Unfallzahlen steigern sich gerade im Bergbau von Jahr zu Jahr immer mehr bis ins Ungemessene und da wäre es doch sehr am Platze, über Mittel und Wege zu beraten, wie die Unfälle zu verhüten sind. Aber da ist die Scheidegrenze, wo Unternehmerinteressen und Arbeiterforderungen auf besseren Schutz sich gegenüberstellen und vielleicht hat man sich darum peinlich gehütet, dieses Gebiet zu streifen. Aber mag man sich sträuben, mag man um den Kern der Sache, wie das leider auch in Frankfurt geschehen ist, herumreden, wir sind gewiß, daß man sich auch hier der eisernen Notwendigkeit auf die Dauer nicht entziehen kann. Die Erklärungen zweier so hervorragender Fachleute wie Bergat Schöffler und Geheimer Oberbergat Meißner, daß es wichtiger ist, die Unfälle zu verhüten, sind für uns sehr wertvolle Zugeständnisse und wir werden nicht verfehlen, sie bei Gelegenheit den Unternehmern entgegenzusetzen. Wir wollen absolut nicht verkennen, daß in der Vervollkommnung der Rettungs- und Abtummungsapparate und der anderen Rettungsmittel wesentliche Fortschritte gemacht worden sind. Aber gegen die Elementargefahren im Bergbau sind es doch innerlich recht schwache Hilfsmittel. Das gab auch Herr Bergwerksdirektor Meyer von der Eisenhütten Bergwerksaktiengesellschaft zu und nannte seine Apparate daher nur Abtummungs- nicht Rettungsapparate. Es wird unseres Erachtens auch noch geraume Zeit dauern, bis Apparate erfinden sind, die im Schiffsbau wirklich gute Dienste leisten. Notwendig wäre es darum, dem Unfallverhütungswesen größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen, aber da sitzt des Pudels Kern. Geeignete Maßnahmen und Einrichtungen zur Verhütung der Unfälle kosten bedeutend mehr Geld als die Rettungsapparate, über deren Wert im Grundsatz sich die Herren selbst bei weitem noch nicht einig sind: sagte doch selbst Herr Bergat Schöffler: „Herr Bergwerksdirektor Meyer hat hervorgehoben, daß mit den Apparaten selten Menschen gerettet werden, sondern zumieist nur wirtschaftliche Werte. Er hat seine Apparate darum nicht Rettungs-, sondern nur Abtummungsapparate genannt. Ich habe über 100 Grubenbrände und Explosionen mitgemacht, die meisten ohne Rettungsapparate. Man schickt die Leute mit Abtummung immer 10-20 Meter vor. Sind Rettungsapparate vorhanden, dann hat weder der Helm noch die Brille viel Zweck, denn die Augen fangen an zu befeuchten und die Leute können in den meisten Fällen, namentlich bei Bränden, nicht mehr sehen.“

Auf diese Ausführungen erwiderte Herr Bergwerksdirektor Meyer: „Die Worte des Herrn Bergat Schöffler haben mich geradezu niedergedrückt, umso mehr, weil gerade er viel mit diesen Apparaten gearbeitet hat.“

Meyer bestätigt also, daß Herr Bergat Schöffler ein hervorragender Kenner auch des Rettungswesens ist und daß seine Worte geradezu

niederdrückend auf ihn gewirkt haben. Das Urteil des Herrn Bergat Schöffler u. a., worauf wir noch zurückkommen, zeigt uns also, wie wenig wirksam und zuverlässig die Rettungs- und Abtummungsapparate im Grundsatz heute noch sind. Gerade in den letzten Jahren hatten wir eine große Anzahl größerer Grubenkatastrophen zu verzeichnen; wir erinnern nur an Borusska, Courrières, Reden u. a.; aber man hat nicht gehört, daß die Apparate einmal irgendwo mit wirklichem Erfolg angewandt werden konnten. War es doch gerade Herr Bergwerksdirektor Meyer, der bei der großen Katastrophe in Courrières, der über tausend Menschen zum Opfer fielen mit seiner Rettungskolonie zur Unglücksstelle eilte. Der Erfolg aber war gleich Null; kein einziges Menschenleben konnte durch die mit Rettungsmitteln ausgerüstete und ausgetübte Mannschaft, trotz allen Opfern, gerettet werden. Für die Bergarbeiter stand es von vornherein fest, daß dieses Unglück, wie so viele andere, hätte verhütet werden können und daß die Gesellschaft, der die Grube gehörte, gewissenlosen Raubbau mit Menschenleben getrieben hatte.

Unser Hauptaugenmerk müssen wir also darauf richten, Mittel und Wege zu finden, die Unfälle und vor allem die großen Katastrophen zu verhüten. Daß es solche Mittel gibt und daß eines der vornehmsten von den Arbeitern selbstgewählte Grubenkontrolloren ist, wissen auch die Unternehmer, verschließen sich aber dieser Erkenntnis, weil ihr kleintliches Geldsachinteresse dieses notwendig erscheinen läßt. Das muß klar und deutlich immer wieder ausgesprochen werden und zwar so lange, bis man den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter auf besseren Schutz gerecht wird. Uns Arbeitern ist nicht damit gedient, daß man Loblieder auf die mutigen Retter singt und sich gegenseitig beweihräuchert, und wir doch überzeugt, daß dieses nur geschieht, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, sondern wir fordern ihr ehliches Wollen und auch Vollbringen. Auch dieser Kongress hatte viel mehr des Dekorativen als notwendig war, zu dem das positive Ergebnis seiner Verhandlungen leider im umgekehrten Verhältnis steht.

Dem Kongress schloß sich auch eine Ausstellung der Apparate und Rettungseinrichtungen an, die ebenfalls mit der Wirklichkeit in schärfstem Kontrast steht. Man sah dort wirklich schöne und praktisch gepolsterte Tragbahnen aller Art, zum Transport von Verletzten in den Gruben usw. bestimmt. Zwei und vierrädrige Krankentransportwagen, nach den neuesten Fortschritten der Technik eingerichtet, sogar einsehbare eingedichtete Autos zum Transport von Kranken- und Verletzten bestimmt, in vorzüglicher Ausführung waren ausgestellt, wie sie gewiß keiner unserer Kampfs jemals gesehen hat. Wir erinnern nur an die elende Art und Weise, wie der Transport von Schwerverletzten in den Gruben vielfach vorstatten geht. Wohl sind Tragbahnen zum Transport vorgeschrieben, aber das sind meist elende Dinger, die, da sie noch vielfach in einer Befassung sind, daß sie zum Transport fast nie verwendet werden können. Das ist die Wirklichkeit und der Besucher dieser Ausstellung sah nur Potentialische Dörfer. Das kann und darf aber der Zweck solcher Veranstaltungen nicht sein. Wir bedauern es darum auch lebhaft, daß der nächste internationale Kongress für Rettungswesen erst 1918 in Wien stattfinden soll. Wenn diese Kongresse mehr als einen dekorativen Wert haben sollen, dann ist dieser Zeitpunkt viel zu lange. Wir Arbeiter sind absolut keine Freunde allzuvieler solcher Veranstaltungen, aber in unserer heutigen an Erfindungen und Fortschritten so reichen Zeit ist ein Zeitraum von fünf Jahren viel zu lang, wo jede Minute im Dienste der leidenden Menschheit ausgenutzt werden soll.

sekretariats in der Agitation haben bedeutende Erfolge erzielt. Ihre zweite Hauptaufgabe hat die Frauensekretärin in der Fortbildung der in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Frauen erblickt. Die Organisationsfähigkeit der Frauen ist nicht geringer als die der Männer. 1897 haben die organisierten Arbeiterinnen zwei Prozent der Zahl der als Arbeiterinnen erwerbenden Frauen betragen, 1907 aber schon 11 Prozent. Gerade die heutige Zeit der Krise, da vielfach der Mann als besser Bezahlter und Widerstandsfähiger auf die Straße geworfen wurde, während die Frau in Arbeit blieb, mußte auch dem männlichen Arbeiter den hohen Wert der Arbeiterinnenorganisation vor Augen führen. Als beste Mittel dafür empfing sie die Anstellung von Frauen als Arbeitersekretäre, Frauenvereinigungen und einfach geschriebene Flugblätter. (Weisfall.) Mit dem Vorstandsrat werden eine größere Zahl von Anträgen beraten. Josephson-Hamburg begründet einen Antrag des Zentralvorstandes der Handlungsgeschäfte, der verlangt, daß der VI. Kongress die Bestrebungen, welche darauf gerichtet sind, zwischen den in Handel, Industrie und Gewerbe beschäftigten Angestellten einerseits und den Arbeitern andererseits Misstrauen zu erregen und sie zur gegenseitigen Befähigung zu veranlassen, entschieden zurückzuweisen. Die kaufmännischen und technischen Angehörigen gehören mit zu den proletarischen Schichten der Bevölkerung. Der Harmoniebruch der in Kreisen der Angestellten noch vorherrschend ist, hat durch die Ablehnung der beiden Handlungsgeschäfte durch den Vorstand einen harten Stoß erhalten.

Rath-München begründet einen Antrag auf Vereinhaltung der Organisation der Fortarbeiter im bayerischen Wald. Von den Grenzsteiligkeiten zwischen dem Fabrik- und dem Gemeindefortarbeiter hätten nur die Christlichen Vorteil gehabt. Undeutsch bittet für Unhalt um mehr Mittel zur Agitation unter den Landarbeitern. Die Stellbrechereigenschaften müßten an der Quelle verstopft werden. Siller-Berlin begründet einen Antrag des Verbandes der Strohgraphen und Steinbrüder, bei größeren Ausperrungen, wenn die Generalkommission das finanzielle Eingreifen aller organisierten Arbeiter für notwendig hält, an Stelle der Sammelkassen eine Kasse einzurichten. (Er weist darauf hin, daß durch Ablegung eines Zentralkomitees nach übereinstimmender Ansicht diese Ausperrungen von vornherein für die Unternehmerschaft unmöglich würden. Dieser finanziellen Hilfe bedürftig, besonders die kleineren Verbände, die sich keinem Zentralkomitee anschließen könnten.)

Siegel-Düsseldorf begründet Anträge der Metallarbeiter Essens und Dortmunds auf Herausgabe einer polnischen Gewerkschaftszeitung. Er teilt mit, daß die Regierungspräsidenten in Arnberg und Münster den Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen entgegen den Versicherungen Bethmann-Hollwegs und des Abg. Vehrens, verboten. (Schr. führt.) Die übrigen vorliegenden Anträge werden nicht begründet. In der Diskussion nimmt als erster Redner das Wort Hüffel, Legitarbeiter. Begien hat uns mit Unrecht Moyalität vorgeworfen. Der Vertreter der Generalkommission hatte uns im Privatgespräch und in der Diskussion ausdrücklich gesagt, daß die Generalkommission mit dem Plane umgeht, eine gewerkschaftliche Frauenzeitung zu gründen. Wir waren mit Recht darüber aufgebracht, daß man uns vorher gar nicht gefragt hatte und lassen uns das Recht nicht nehmen, unsere Meinung klar und deutlich zu sagen. — Mohr (Berlin) äußert sich zur Frage der Organisation der Waldbarbeiter, Braun (Berlin) über die gegenseitige Streithilfe.

Reparat-Polzarbeiter: Die Generalkommission hat in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit der Zentralverbände das Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung gut gewahrt. Wollte Willigung findet bei uns vor allem bei Haltung der Generalkommission in der Frage der unangenehmen Veröffentlichung des Protokolls der Verbändevorstandskonferenz. (Weisfall und Sachn.) Wir haben es sehr tief bedauert, daß der Parteivorstand dieses vertrauliche Protokoll gegen den Willen der Generalkommission zu veröffentlichen sich hat veranlassen lassen. Auf den Zentralkomitees können sich die großen Verbände nicht einlassen. Legien (Schlußwort.) Darüber, ob die „Gleichheit“ geeignet ist, Arbeiterinnen, die noch gar nicht von unseren Ideen berührt worden sind, zu guten Gewerkschaftlerinnen zu erziehen, kann man sehr zweifelhaft sein, denn die „Gleichheit“ ist jedenfalls ein politisches und kein gewerkschaftliches Blatt. Der Legitarbeiterverband möge meinerwegen die „Post“ zur Agitation verwenden. (Unruhe.) Ich habe mich deutlich ausgesprochen, mit Klar zu machen, daß niemand ihnen hinterreden will. Im Ernst glaube ich natürlich nicht, daß Sie die „Post“ benutzen werden. Was die Zentralkomitees angeht, so habe ich stets die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation der Streikunterstützung anerkannt. Aber ich stehe mit dieser Auffassung in der Generalkommission ziemlich allein. (Geisterzeit.) Für die Land- und Waldbarbeiter soll eine besondere Organisation geschaffen werden. Ueber die Einzelheiten der Agitation möchte ich nicht öffentlich hier reden.

In der Abstimmung wird die Sympathieklundgebung für die Privatangelegten einstimmig angenommen; der Antrag Siller über die Zentralkomitees zurückgezogen, die übrigen Anträge teils durch die Beschlüsse der Generalkommission für erledigt erklärt, teils ihr zur Gewährung überlassen. Die Mandatsprüfungskommission erstattete dann durch Sachse (Vergarbeiter) Bericht. Anwesend sind 324 Delegierte, die Generalkommission ist vollständig vertreten. Als Gäste sind da Grünwald, Wien (Gewerkschaftskommission Österreichs), Zschock-Wudapest (ungarischer Gewerkschafter), Grensch-Brich, Sverness-Kopenhagen, Seiner-Hamburg (Zentralkommission für Bauarbeiter), Frau Tich-Berlin (Komitee zur gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen), Frau Häher und Dorschu-Frankfurt a. M. (Gewerkschaftskartell). Die Delegierten vertreten 1888 172 organisierte Mitglieder. Sämtliche Mandate wurden für gültig erklärt. — Ueber die

„Agitation unter den Dienstboten“ spricht Fräulein Grünberg (Nürnberg): Die moderne Dienstbotenbewegung setzt ein mit der Gründung des Vereins in Nürnberg 1906. Das gab den Anstoß zur Gründung einer Reihe von Dienstbotenvereinen in anderen Städten. Die Bewegung beginnt mit der Klarstellung der Rechtsverhältnisse der Dienenden und mit ihrer Unterstützung in Rechtsstreitigkeiten. Die deutschen Dienstboten stehen zurzeit unter 44 Gesindeordnungen, Kreuzen allein hat 19, davon eine aus dem Jahre 1732 für das Herzogtum Kauenburg. Die Agitation tritt in erster Linie mit der Forderung der Beseitigung der Gesindeordnungen und ihrer Nebenwirkungen auf. Denn Fehlung der materiellen Lage der Dienstboten wird in erster Linie durch die Gesindeordnungen verhindert. Die Rechnerin gibt einen Überblick über die Entstehungsgeschichte der Gesindeordnungen, die in die Zeit der Erbuntertänigkeit zurückgeführt werden, und über die Unterschiede zwischen den einzelnen Gesindeordnungen in den Rechtsverhältnissen des Mietvertrages, des Kontraktbruchs, des Schadenersatzes, der Zeugnisausstellung, der Lohnaufrechnung und des Verfahrens bei Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Gesinde. Die Rednerin zeigt in einzelnen die Rechtslage der Dienstboten auf, und welche Erfolge deren Organisation schon erzielt hat, besonders im Kampfe gegen die Stellenvermittlungssampyre. In Nürnberg hat der Widerwille der Herrschaften gegen die Organisation schon erheblich nachgelassen. Die Organisation hat überall die deutschen Arbeiter aller Berufe befreit, auch für die Dienstboten liegt in ihr das Heil. Die Dienstboten können nur durch die Organisation den Druck der Knechtschaft abschütteln und sich ein menschenwürdiges Dasein erkämpfen. (Beifall.)

Donnerstag, den 28. Juni. Zweiter Tag. Den Vorsitz führte Bömelburg. Die Debatte über Punkt 2c: Agitation unter den Dienstboten wird eröffnet. Frau Tich-Hamburg ergänzt die Darlegungen der Referentin. Dann wird die vorliegende Resolution, die dem Referat angepaßt ist, angenommen. Einstimmig erfolgt auch die Annahme einer Resolution, die sich gegen die heutige Ausübung der Tabakarbeiter, Postkutschler, Metallarbeiter, Buchbinder, Legitarbeiter und Schneider. Die Resolution wird angenommen. Zum nächsten Punkt: Beseitigung des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber spricht Baum-Berlin. Die Tätigkeit der Kommission zur Beseitigung des Koff- und Logiszwanges hat nicht ihre Aufgabe darin erblickt, direkt in den Kampf einzugreifen, sondern Material zu sammeln und die öffentliche Stimmung zu beeinflussen. Der Kommissionsbericht zur Zeit 22 Gewerkschaften mit einer halben Million Mitglieder angehängt. Eine ständige Korrespondenz über festgestellte Schäden des Koff- und Logiszwanges geht vielen Parteien und Gewerkschaftsleitungen zu. Die Resolution die sich gegen die Schäden des Koff- und Logiszwanges verbietet wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung über die Maifeier. Hierzu liegt zunächst die Vereinbarung zwischen dem sozialdemokratischen Parteivorstand und der Generalkommission vor, die bekanntlich die Beseitigung und die Unterstüßungsfrage regelt. Durch Abstimmung ist zu entscheiden, ob der Kongress dieser Vereinbarung zustimmt. Das Gewerkschaftskartell und die Vorstände der Zahlstellen der Zentralverbände haben beantragt: „Die Generalkommission wird beauftragt, mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei erneut in Verhandlungen zu treten, um eine verbindlichere Regelung der Unterstüßungsfrage der bei der Maifeier vorgeschriebenen zu erzielen, wie dies in den bekannten Vereinbarungen geschehen ist.“ Die vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs schlagen folgende Resolution vor: „Die am 26. Mai im Gewerkschaftshause versammelten Delegierten der Gewerkschaften Nürnbergs haben sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Maifeier in der von der Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Parteivorstand vereinbarten Form unmaßlich durchgeführt werden kann. Die einzelnen Orte können nicht das Risiko tragen, das ihnen durch diesen Beschluß auferlegt wird. Praktisch bedeutet dieser Beschluß die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Die versammelten Delegierten der Nürnberger Gewerkschaften verkennen nicht die Schwierigkeit, welche die Maifeier bisher schon den Gewerkschaften und der Partei verursacht hat. Die Gewerkschaftsvertreter fordern, deshalb zum mindesten eine klare Stellung von dem Gewerkschaftskongress in Hamburg und eine einheitliche Rundgebung entweder für oder gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Maßgabe, daß im Falle Arbeitsruhe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Kongresse begünstigt werden sollte, das Risiko die Zentralverbände zu tragen haben, d. h. die Kosten aus den Hauptkassen zu decken sind. Die Generalkommission ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die der Partei durch die Maifeier erwachsenden Kosten ebenfalls von der Zentralkasse getragen werden.“ Schließlich beantragt das Gewerkschaftskartell fürth: „Der sechste Gewerkschaftskongress wolle beschließen: In Zukunft ist von der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe Abstand zu nehmen.“

Dihmann-Frankfurt: Wir sind enttäuscht über die Vereinbarung der Generalkommission mit dem Parteivorstand. Durch die Uebertragung der Unterstüßung auf die lokalen Organisationen wird die Maifeier gefährdet. Die Unterstüßungen sollen aus den Zentralkassen entnommen werden, selbstverständlich unter Zustimmung der einzelnen Verbände. Auch die Partei muß mit zur Unterstüßung herangezogen werden. Sie muß in Nürnberg hierzu Stellung nehmen. Legien: Wenn es einen besseren Weg gibt zur Lösung der Maifeierfrage als die Vereinbarung, dann werden wir ihn betreten. Die Vereinbarung soll an dem bisherigen Charakter der Demonstration gar nichts ändern, sie will nur die Lasten gerechter verteilen. Es ging nicht länger an, daß der eine Teil die Beschlüsse fasste und der andere sie verantworten mußte. Wir wollen die Arbeitsruhe nicht einschränken, sondern nur einen einheitlichen Beschluß an Orten gleichmäßig geregelt wissen. Gewiss sind wir alle Anhänger der Zentrallisation, aber nur wenn die Maifeier bisher zentralisiert? Konnten wir denn bisher sagen, daß überall der 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen ist. Solange die Maifeier selbst nicht zentralisiert ist, kann man auch die Unterstüßung nicht zentralisieren. Die dringliche Entscheidung wird das Verantwortlichkeitsgefühl stärken: Sie erlaubt dem Idealismus, die Arbeitsruhe ein ganzes Jahr lang vorzubereiten. Niemand will auch eine Zentralkasse, die bisher schon Mangelunterstützung gebracht hat, hindern, das auch in Zukunft zu tun. Aber das soll unsere Vereinbarung leisten: Das Verantwortlichkeitsgefühl der örtlichen Instanzen stärken und die rechtzeitige finanzielle Vorbereitung der Maifeier ermöglichen. (Beif. Weisfall.)

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Ich bin autorisiert, zu erklären, daß wir Metallarbeiter der Vereinbarung zustimmen. Wir stehen aber mit Dihmann auf dem Standpunkt, daß Generalkommission und Parteivorstand auch einmal überlegen sollten, ob nicht für die Aufbringung der Mittel ein anderer Weg gefunden werden kann. Für die Schaffung eines Fonds am Orte wird vor dem 1. Mai wenig Stimmung sein. Die Motive des Frankfurter Antrages lehnen wir ab. Wir haben das größte Interesse daran, die Hauptlast der Gewerkschaften nicht mit der Mangelunterstützung zu belasten. Einige Schwärmer mit gutem Willen, die aber nicht mit den Beinen auf der Erde stehen, möchten ja die Arbeitsruhe um jeden Preis durchsetzen, aber dann müßten die Gewerkschaften alle ihre Einnahmen der Maifeier opfern. Ob das befriedigt, weiß ich angesichts des Schicksals der Buchbinder und der Berliner Metallarbeiter nicht. (Geisterzeit.) Uns ist in den Großbetrieben durch die Streitigkeiten über Feiern und Nichtfeiern eine gehäufige Organisationsarbeit vernichtet worden und ein Schaden entstanden, den kein Geld wieder gut machen kann. Mit einem Schlage ist die Arbeit von Hunderten und Tausenden von Kollegen vernichtet worden. Nicht nur finanziell, auch moralisch hat unser Verband Niederlagen erlitten. Wer es mit der Großindustrie und einem brutalen Unternehmertum zu tun hat, muß vorsichtig sein. Im Interesse der Arbeiter und der Gewerkschaften verlangen wir für die Arbeitsruhe am 1. Mai doppelte Vorsicht. (Beif. Weisfall.)

Neumann-Hamburg (Holzarbeiter): Die Opposition gegen die Vereinbarung richtet sich in erster Linie gegen die Art, wie die Unterstüßung geregelt wird. Damit wird zugegeben, was bisher immer bestritten wurde, daß ein großes Risiko mit der Maifeier verbunden ist. Wie oft wurde einzelnen Führern vorgeworfen, sie brämen ganz unverschämte, die Maifeier sei ganz gefahrlos. Dann wendet sich die Opposition gegen die lokale Entscheidung. Es ist gewiss bequemer, eine kräftige Motrede zu halten oder stotter Artikel für die Maifeier zu schreiben, als selbst ins Gefährt zu geben und sich Kenntnis von den internen Verhältnissen zu verschaffen. (Geisterzeit.) Vor Beginn der Maifeier soll man jetzt die örtlichen und beruflichen Verhältnisse abschätzen. So wird durch die Vereinbarung das Verantwortlichkeitsgefühl gefährdet. Die Vereinbarung steht durchaus in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen Delegation in Stuttgart. Die Zentrallisation baut sich aus den Mitgliedern der verschiedenen Orte auf. In den allermeisten Zahlstellen kann an eine Maifeier nicht gedacht werden, die nur in den gut organisierten großen Industriezentren möglich ist. Wenn nun aus den Zentralkassen die Maifeierunterstützung gezahlt wird, müssen dann nicht die Kollegen in den kleinen Orten sagen: Wir zahlen und zahlen, unsere Lohnbewegungsansprüche werden zurückgewiesen, nur weil sich Hamburg oder Berlin wieder einmal eine kostspielige Maifeier geleistet haben. (Sehr wahr!) Unser Verband stimmt der Vereinbarung in ihrer Grundform zu.

Knoll-Berlin (Steinfeger): In der Gewerkschaftsbewegung wie in der Generalkommission gehen die Ansichten über die Maifeier weit auseinander und doch sind wir in der Generalkommission zur einstimmigen Annahme der Vereinbarung gekommen. Die Steinfeger haben stets den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert aus Idealismus und ohne Unterstüßungen. Ueberhaupt sollte man die Unterstüßungsfrage nicht so sehr in den Vordergrund stellen. Die Maifeier ist die Revolution eines Tages, die Empörung, die schrankenlose Freiheit. Wollen Sie die Revolution auch abhängig machen von dem Vorhandensein ausreichender Unterstüßungen? (Geisterzeit.) Stimmen Sie den Vereinbarungen ruhig zu.

Sermann-Nürnberg (Schuhmacher): Auch wir freuen uns ja, daß in dieser Frage eine Annäherung zwischen Partei und Gewerkschaften erfolgt ist, aber dieses Abkommen erschwert die Arbeitsruhe, ja macht sie unmöglich. Bisher konnten wir den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, um das Organisationsverhältnis gut zu machen. Jetzt sollen wir auf die örtliche Unterstüßung und alle anderen Gewerkschaften am Orte warten. Das kann nicht unser Wille sein. Wägen Parteivorstand und Generalkommission ein anderes Abkommen treffen zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai. (Beifall.)

Reber-Zena: Alle Redner außer Cohen haben sich bemüht, die sachlichen Momente hervorzuheben. Das ist gegen Köln ein bedeutender Fortschritt. Cohen war zu seiner Rede von den Metallarbeitern nicht autorisiert. (Beifalliger Widerspruch.) Wir wollten einseitig dem Abkommen zustimmen, aber nicht wieder sein uraltes Lied hören. (Zuruf: Ein schönes Lied!) Legien schloß mit der Hoffnung, daß wir doch noch stark genug werden würden, die Maifeier würdig zu begehen. Cohen sagte das direkte Gegenteil. Können wir einen solchen Widerspruch zwischen zwei Mitgliedern der Generalkommission in die Welt hinausgehen lassen? (Cohen rief: Warum nicht?) Auch wir sind nicht leichtgläubig, aber selbst an kleineren Orten feiert die Arbeiterchaft den 1. Mai immer mehr durch Arbeitsruhe, so daß es ganz zwecklos wäre, wollten wir ihre Beteiligung beschließen. In der Vereinbarung muß die Bestimmung getrichen werden, daß den Ausgesperrten erst von der zweiten Woche an Unterstüßung gewährt wird. Das können wir den Arbeitern, die ohnehin schwer Opfer bringen, nicht zumuten. Glaube ich wie Cohen, daß wir in einem Jahrzehnt noch keine große und würdige Maifeier haben werden; so würde auch ich sagen: Schaffen wir sie ab, wir haben wichtigeres zu tun. (Geisterzeit.) Aber wir haben nicht immer

Ausgang und unsere großen Verbände dürfen nicht selge sein. Halten wir also fest an der Arbeitsruhe am 1. Mai. (Beifall.) Pappion-Hamburg, Wauzig: Dem Wortlaut des Frankfurter Antrages schme ich zu, nicht den Motiven. Wir sind ja alle Anhänger einer guten Zentrallisation und einer würdigen Maifeierdemonstration, aber so weit kann die Zentrallisation nicht gehen, daß wir die Maifeier gesperrten aus der Zentralkasse unterstützen. Der Maifeierverband hat den Zweck der Förderung der Maifeier nicht in seinem Statut und wird ihn auch nicht aufnehmen. Er wird sich das aber auch nicht vom Gewerkschaftskongress hineinschreiben lassen. Die Maifeierzentrallisation würde an dem Widerstand der einzelnen Zentralverbände scheitern. So müßte man zur Regelung der Maifeier in lokalerem Rahmen kommen. Daß dabei manches noch nicht klappt, bedauern wir, können es aber nicht ändern.

Braun-Wudapest (Fabrikarbeiter): Entschieden über die Maifeier darf nur, wer für den Beschluß nachher die Verantwortung trägt. Damit ist die finanzielle Gefahr der Maifeier beseitigt. Eine andere Regelung war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erreichen. Auf den Idealismus ist der Wagen bekanntlich sehr leicht zu sprengen. Die Ausperrung kann ja auch viele Tage dauern, da können wir die Arbeiter doch nicht hungern lassen. Bessere Vorschläge für die Gestaltung der Maifeier hat niemand gemacht, weil wir zu schwach sind, die Arbeitsruhe einheitlich in ganz Deutschland herbeizuführen. Hoffen wir, daß wir recht bald stark genug dazu werden. Jeder Ausbau unserer Organisationen ist zugleich ein Beitrag zur besseren Lösung der Maifeierfrage. Matkaff-Stuttgart (Metallarbeiter): Die Metallarbeiter haben sich bis auf zwei gegen den Frankfurter Antrag erklärt. Sie stehen grundsätzlich auf dem Boden der Vereinbarung, wünschen nur eine erneute Beratung der beiden Instanzen, um eine bessere Form für die Unterstüßung der lokalen Mittel zu suchen. Zum großen Teile sind wir allerdings auf Grund unserer Erfahrungen für eine Forcierung der Maifeier nicht zu haben. Das tun wir nicht aus Klaffegeiz, obwohl es uns auch nicht gleich sein kann, wenn wir Tausende zwecklos ausgeben, sondern weil unsere Organisationen durch die Maifeier gerüttelt, vernichtet werden. Ueber den „Kaffegeist“ hat ja erst jüngst Narous eine Broschüre mit sehr viel Theorie, sehr viel Phantasie und sehr wenig Erfahrung geschrieben. Aber gerade der Kaffeekampf wird gefördert, wenn die tüchtigsten und tätigen Gewerkschaftler alljährlich herausgeworfen werden. Seien wir also mit der Arbeitsruhe recht vorsichtig. Am besten freilich machen wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai ganz Schluss. (Beifall.)

Cohen-Berlin wendet sich gegen Reber. Nächster-Allenburg (Fabrikarbeiter): Nachdem die Überwiegende Mehrheit der deutschen Gewerkschaftler sich überzeugt hat, daß wir die Macht nicht haben, die Maifeier einheitlich zu gestalten, ist das Festhalten an der Arbeitsruhe zwecklos. Wiede-Hamburg stimmt der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission zu, lehnt eine Erweiterung der Maifeier ab, weil die Gewerkschaften praktisch schon einen Teil dessen, was am 1. Mai gefordert wird, durchgeführt haben. Wittig-Frankfurt a. M. (Brauereiarbeiter): Ich kann die Verhältnisse der großen Gewerkschaften nicht von der Hand weisen. Ich bin ein Anhänger der Maifeier, aber ich springe nicht mit beiden Füßen hinein. In der Vereinbarung hat mich nicht gefallen, daß man den örtlichen Instanzen, die alles Geld aufbringen, noch Vorschriften über die Unterstüßungsart macht. Vor allem aber möchte ich betonen, daß die Maifeier auch auf die Streikbewegungen vielfach günstig eingewirkt hat. Vorhöler-Stuttgart (Metallarbeiter): Die Generalkommission war bei den Verhandlungen in sehr schwieriger Lage: Sie konnte weder Geld bewilligen, noch für die Abschaffung der Maifeier plädieren. Da müssen wir ihr für das Resultat dankbar sein. Aber in der Sache selbst ist die Maifeier ohne Erfolg geblieben. Mancher hat leider nicht den Mut, der Sache die Schelle umzuhängen; ich aber sage, daß die Maifeiereine alljährlich mißlungene Demonstration ist. Eigentlich sollte nur gefeiert werden, wo keine Schädigung eintritt. Dann wäre die ganze Unterstüßungsfrage erledigt. Weg mit der überflüssig gewordenen Demonstration durch Arbeitsruhe!

Dihmann-Frankfurt a. M.: Der Frankfurter Antrag will lediglich neue Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand, um eine bessere Lösung zu finden. Die Frankfurter erwarten dabei vom Kongress, daß er selber sagen wird, in welchem Sinne er Änderungen wünscht. Die Reden über die arge Belastung der Zentralkassen durch die Mangelunterstützung führen zu der Konsequenz, daß mit der Arbeitsruhe Schluss gemacht wird. Ich meine aber, daß man nicht gleichzeitig der Vereinbarung zustimmen und sagen kann: Weg mit der Arbeitsruhe. Ist die Mehrheit für Beseitigung der Arbeitsruhe, dann hat es wenig Wert, an der Maifeier weiter herumzubottern. Wir sollten alles tun, um nicht erneut Streitfragen zwischen Gewerkschaften und Partei aufzurollen, andererseits muß in der Maifeierfrage, über die jedes Jahr diskutiert wird, endlich Klärung erfolgen. Die Unterstüßung der Mangelunterstützten auch durch die Partei führt zu einer Doppelbelastung der meisten Parteigenossen. Es ist gesagt worden, die Arbeiter selber hätten die Lust an der Maifeier verloren. Wenn ein Teil sie wirklich verloren haben sollte, so wegen des jahrelangen Streites, so deshalb, weil der Standpunkt mancher Zentralverbände den Massen das Vertrauen zur Durchführung der Maifeier genommen hat. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich stehe, das erklärte ich Cohen, durchaus auf dem Boden des Frankfurter Antrages und seiner Motive und werde entsprechend meiner Ueberzeugung stimmen. (Beifall.)

Cohen-Berlin spricht sich für die Vereinbarung aus. Süß-Berlin: Verschiedene Streitpunkte sind mit der Vereinbarung beseitigt, und die Bestimmung, daß auch die Partei zu den Kosten beizutragen hat, wird ihr in vielen Fällen die nötige Vorsicht geben, die bisher die Gewerkschaften allein übernehmen mußten. Das schließt aber nicht aus, daß nicht noch ein besserer gefunden werden kann. Rot-Berlin: Eine endgültige Regelung der Maifeier kann aber nur der nächste internationale Kongress treffen. Der ungewisse Zustand kann nicht andauern. Redner steht auf dem Standpunkt, den der Frankfurter Arbeitersekretär Dittmann in der „Neuen Zeit“ entwickelt. Besser ein Schreden mit Ende, als ein Schreden ohne Ende.

Legien: Ich hatte angenommen, daß es zu einer Diskussion der Frage, Arbeitsruhe oder nicht, gar nicht kommen würde. Ja, ich setze darin geradezu einen Disziplinbruch. (Zustimmung.) In Köln haben wir einen Beschluß nicht gefaßt; als Beschluß galt vielmehr, was Bimmelburg als Ergebnis der Debatte verlinkete: Wir halten den Amsterdamer Beschluß auf Arbeitsruhe hoch, wir wollen aber, daß vor dem nächsten internationalen Kongress die Frage nicht nebenbei, sondern gründlich besprochen werde. Nachdem sich dann die deutsche Delegation in Stuttgart geeinigt hatte, erschien eine Erörterung der Maifeierfrage auf dem internationalen Kongress nicht notwendig. Wir sind jetzt gebunden, mir und das internationale Proletariat. Beschließen Sie meinerwegen, daß vor dem nächsten internationalen Kongress noch ein deutscher Gewerkschaftskongress wegen der Maifeierfrage einberufen wird, aber jetzt können wir nichts ändern. Nun zu der Vereinbarung. Es wird vielfach so dargestellt, als bringe sie eine Umänderung der heutigen Zustände. Das ist nicht der Fall. Ihre geregelt sind sie und damit verbessert. Die Unterstüßung der Ausgesperrten aus den Zentralkassen wird jetzt nur ganz vereinzelt gemächt und ihre Gewährung ist an bestimmte Kriterien geknüpft. Wer soll denn eigentlich beschließen, daß aus den Zentralkassen Unterstüßungen zu gewähren sind? Der Gewerkschaftskongress kann es nicht, die Generalkommission auch nicht. Das können nur die einzelnen Zentralverbände. Sorgen Sie in Ihren Organisationen dafür, daß es geschieht. (Geisterzeit.) Es ist Zeit, daß diese Vereinbarung zu arbeiten, damit endlich einmal ein fester Boden für die Maifeier gefunden wird. (Beifall.)

Zunächst wird die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand vom Kongress mit allen gegen 22 Stimmen gutgeheißen. Dann wird die Frage, ob die Generalkommission bis zum nächsten Gewerkschaftskongress mit dem Parteivorstand noch einmal verhandeln soll, auch über eine anderweitige Regelung der Unterstüßungsfrage, mit 178 gegen 101 Stimmen bejaht. Alle gestellten Anträge werden ihr als Material überwiesen. Der Antrag fürth auf Beseitigung der Arbeitsruhe wird, weil es nicht zur Kompetenz des Kongresses gehört, diese Frage grundsätzlich zu entscheiden, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Zentralarbeitssekretariats.

Referent ist Robert Schmitz-Berlin. Das Zentralarbeitssekretariat ist in einem ständigen Aufschwung begriffen, es hat das volle Vertrauen der ratfahrenden Arbeiter und der Gewerkschaftskartelle. Auch die Arbeitersekretariate entwickeln sich immer erfreulicher. Eine dringende Aufgabe für diese wertvolle Schöpfung der Arbeiterchaft ist die bessere Ausbildung der Arbeitersekretäre durch besondere Fachlehrer. Schwierigkeiten wird da auf den kleineren Sekretariaten die Stellvertretung und die Vertretung vom Dienst machen, aber diese Schwierigkeiten sind nicht

Den Vorsitz führte Bömelburg. Die Debatte über Punkt 2c: Agitation unter den Dienstboten wird eröffnet. Frau Tich-Hamburg ergänzt die Darlegungen der Referentin. Dann wird die vorliegende Resolution, die dem Referat angepaßt ist, angenommen. Einstimmig erfolgt auch die Annahme einer Resolution, die sich gegen die heutige Ausübung der Tabakarbeiter, Postkutschler, Metallarbeiter, Buchbinder, Legitarbeiter und Schneider. Die Resolution wird angenommen. Zum nächsten Punkt: Beseitigung des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber spricht Baum-Berlin. Die Tätigkeit der Kommission zur Beseitigung des Koff- und Logiszwanges hat nicht ihre Aufgabe darin erblickt, direkt in den Kampf einzugreifen, sondern Material zu sammeln und die öffentliche Stimmung zu beeinflussen. Der Kommissionsbericht zur Zeit 22 Gewerkschaften mit einer halben Million Mitglieder angehängt. Eine ständige Korrespondenz über festgestellte Schäden des Koff- und Logiszwanges geht vielen Parteien und Gewerkschaftsleitungen zu. Die Resolution die sich gegen die Schäden des Koff- und Logiszwanges verbietet wird einstimmig angenommen.

Den Vorsitz führte Bömelburg. Die Debatte über Punkt 2c: Agitation unter den Dienstboten wird eröffnet. Frau Tich-Hamburg ergänzt die Darlegungen der Referentin. Dann wird die vorliegende Resolution, die dem Referat angepaßt ist, angenommen. Einstimmig erfolgt auch die Annahme einer Resolution, die sich gegen die heutige Ausübung der Tabakarbeiter, Postkutschler, Metallarbeiter, Buchbinder, Legitarbeiter und Schneider. Die Resolution wird angenommen. Zum nächsten Punkt: Beseitigung des Koff- und Logiszwanges beim Arbeitgeber spricht Baum-Berlin. Die Tätigkeit der Kommission zur Beseitigung des Koff- und Logiszwanges hat nicht ihre Aufgabe darin erblickt, direkt in den Kampf einzugreifen, sondern Material zu sammeln und die öffentliche Stimmung zu beeinflussen. Der Kommissionsbericht zur Zeit 22 Gewerkschaften mit einer halben Million Mitglieder angehängt. Eine ständige Korrespondenz über festgestellte Schäden des Koff- und Logiszwanges geht vielen Parteien und Gewerkschaftsleitungen zu. Die Resolution die sich gegen die Schäden des Koff- und Logiszwanges verbietet wird einstimmig angenommen.

unüberwindlich. Die preussische Regierung, die sonst ja für praktische Sozialpolitik nichts übrig hat, hat auf Anregung des Abgeordneten und Berenhaus' Subventionen für städtische Rechtsanwaltsstellen geschaffen. Und lassen diese Konkurrenzstellen sehr kalt; denn wir haben doch das Vertrauen der Arbeiter. Die Arbeitersekretariate gewinnen durch ihre Tätigkeit wichtiges sozialpolitisches Material, wie das bei den Ständen-Bürgern über die Gründe des Kontraktbruchs. Dieses Material einseitig zu verarbeiten, ist eine weitere dringende Aufgabe. Seit langem steht die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Tagesordnung. Unserer Ueberzeugung nach kann sie nur förmlich werden, wenn man sich zu der Entschiedenheit aufschwingt, die Persönlichkeit von Grund auf zu befestigen und eine einheitliche Organisation der Versicherungen einschließlich der Witwen- und Waisenversicherung unter maßgebendem Einfluss der Arbeiter herbeizuführen. In dieser Beziehung haben uns die Vorschläge des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg völlig enttäuscht. An der Zugabe der Arbeiter zur Unfallversicherung liegt uns nichts. Sie bleiben ein wertloses Dekorationsglied wie in der Invalidenversicherung. Eine Reihe dieser Reformvorschlüsse bedeuten sogar eine schwere Schädigung erworbener Rechte der Arbeiter. Der Zugang zum Reichsversicherungsamt soll erschwert werden, um seiner Überlastung zu begegnen. Bei dem summarischen formularmäßigen Verfahren der Schiedsgerichte legen wir den größten Wert darauf, daß den Arbeitern die zweite Instanz offen bleibt. Im Übrigen verlangen wir bei Unfällen und Invaliditätsfällen die Zugabe der Arbeiter zu den Rentenfestsetzungskommissionen. Sehr bedenklich ist die abhängige Stellung der Ärzte bei den Berufsvereinigungen. Viel Unheil stiften sie durch die Stimulationsmethode, die sich nachträglich oft als ganz gesund erwies. Ich möchte von dieser Stelle aus an die Ärzte die Mahnung richten, mit größter Vorsicht und Objektivität zu verfahren. Sehr großen Wert legen wir auf eine Erweiterung des Begriffs Betriebsunfall. Schwere Berufskrankheiten suchen die Arbeiter in der chemischen Industrie, im Bergbau und besonders in den Zinkhütten heim. Die Zinkhütten bilden vielfach ein Bild der Verwahrlosung und des Jammers, sind wahre Höllen für die Arbeiter. Über diese armen Arbeiter sind nur auf das wenigste Krankengeld angewiesen. Die Krankenkassen, gegen deren Selbstverwaltung sich fortwährend schwere Angriffe richten, sind ihrer Aufgabe in immer wachsendem Maße gerecht geworden. Die Angriffe gegen sie sollen nur verdorren, wie geschickt intelligente Arbeiter die Verwaltung führen. Sie sind der wertvollste Teil unserer Versicherungs-Gesamtheit und ihrer Institute. Sonst sind wir noch sehr weit von der Erfüllung der Forderung entfernt, die wir immer wieder stellen müssen, daß der Sozialgesetzgeber die Verpflichtung einlebe, diejenigen, die für Industrie und Handwerk, Handel und Landwirtschaft, Kraft und Gesundheit einsehen, vor allen Gefahren ihrer Tätigkeit zu schützen. (Neuhäuser Beifall.)

Vollwirtschaftliche Rundschau.

Die Lebensmittelpreise im Juni.

Der Rückgang der Warenpreise, der im Großhandel deutlich zum Ausdruck kommt, will im Detailverkehr namentlich auf dem Markte für Lebensmittel sich noch immer nicht durchsehen. Es gibt eine ganze Reihe Lebensmittel, deren Preise sich nicht allein noch immer über dem Stande des Vorjahres bewegen, sondern die auch von Monat zu Monat Erhöhungen erfahren haben. Die Lebensmittel, die gegenwärtig noch teurer sind als im Vorjahre, sind fast ausschließlich diejenigen, deren Preis unter das vorjährige Niveau herabgesunken ist. Der Rückgang der Warenpreise vollzieht sich eben sehr allmählich und unter deutlichen Schwankungen. Zu den Lebensmitteln, die sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem Vorjahre noch im Preise gestiegen sind, gehören vor allem einige Fleischsorten, Geflügel und verschiedene Gemüße. Auch die Abwärtsbewegung der Getreidepreise ist durchaus nicht so stark, wie es im Anfang schien. Weizen z. B. steht noch immer über dem Niveau des Vorjahres; obgleich er sich im Laufe des Juni etwas vermindert hat, ist er doch Ende Juni noch um 5 Proz. teurer als 1907. Die anderen Getreidesorten weisen allerdings Erhöhungen gegenüber dem Vorjahre auf, die aber angesichts der Tatsache, daß die vorjährigen Preise tatsächlich außerst hoch waren, erst wenig ins Gewicht fallen. Bei Getreide dürfte indes schwankende Tendenz bald von einer deutlicheren Abwärtsbewegung abgelöst werden, da die günstigen Ernteaussichten ein Hochhalten der Preise auf ihrer jetzigen Höhe auf die Dauer unmöglich machen. Den Getreidepreisen entsprechend haben auch die Mehlpreise auffallend lange auf ihrem hohen Niveau verharrt; Weizenmehl, beste Sorte, kostet sicher noch etwas mehr als im vorigen Jahr. Roggenmehl dagegen ist im Preise gesunken. Die Preise für die beiden Weibsorten stellten sich Ende Juni in Berlin auf:

	1907	1908
Weizenmehl	28,25—28,25 Mt.	28,25—28,50 Mt.
Roggenmehl	25,50—27,00	23,90—26,10

Auffallend ist der Vorprung, den der Butterpreis gegenüber dem Vorjahre noch aufweist. Er ist zwar von Mai auf Juni etwas gesunken, steht aber trotzdem noch erheblich höher als 1907. 50 Kilo kosteten Ende Juni 1907 87—110 Mt., gegenwärtig aber 108—117 Mt. Ersreulicherweise hat sich diese Steigerung im Einzelhandel nicht mit der gleichen Intensität fortgesetzt; nur von der geringsten Sorte kostet 1 Kilo etwas mehr als im Vorjahre. Gleich geblieben im Preise sind Eier gegenüber dem Vorjahre; von Mai auf Juni haben sie wie gewöhnlich eine Preisermäßigung erfahren. Bei Vieh war die Preisbewegung sehr ungleichmäßig; überwiegend sind aber im Laufe des Juni Preisermäßigungen eingetreten. Umso merkwürdiger beruht daher die Erscheinung, daß die Fleischpreise den Rückgang an Viehmarkt nicht mitgemacht haben oder doch wenigstens nicht in dem entsprechenden Verhältnis. Während nämlich Ochsen und Rinder gegenüber dem Vormonat noch weit mehr über gegenüber dem Vorjahre, im Preise gestiegen sind, ist Rindfleisch kaum verändert, die allgeringste Sorte hat sich ein wenig vermindert. Viel ungleichmäßiger ist die Preisbewegung für Schweine und Schweinefleisch. 50 Kilo Schweine kosteten Ende 1907 48—54 Mt., gegenwärtig 48—56 Mt.; die Erhöhung ist also unbedeutend und bezieht sich außerdem nur auf beste Sorten. Dabei steigt nun aber nicht etwa nur der Preis für beste Sorte Schweinefleisch ganz bedeutend, sondern auch die geringere Sorte verteuert sich. 1 Kilo Schweinefleisch kostete Ende Juni in Berlin:

	1907	1908
Schweine	48—54 Mt.	48—56 Mt.
Schweinefleisch 1,10—1,60	1,20—1,90	

Ende Mai kostete 1 Kilo Schweinefleisch erst 1,20—1,70 Mt. In anderen deutschen Städten war die Bewegung wie in Berlin. Auch Kalb- und Hammelfleisch ist im Berichtsmontat im Preise gestiegen, ohne daß in der Bewegung der Viehpreise ein Anlaß dazu gegeben war. Statt daß für die nennliche Verteuerung des Fleisches von Vieh in den Wild- und Geflügelpreisen ein Ausgleich zu finden wäre, sind speziell die Geflügelpreise ebenfalls in die Höhe gegangen. Hühner, Enten, Tauben sind teurer als im Vorjahre; Hühner sind sogar auch von Mai auf Juni im Preise gestiegen. Sie kosteten gegenwärtig 1,60—2,25 Mt. pro Stück gegen 1,50—2 Mt. Ende Mai und 1,40 bis 1,70 Mt. Ende Juni 1907. Die Verteuerung gegenüber dem Vorjahre ist also recht merklich. Tauben kosten 0,65—0,75 Mt. gegen 0,45—0,60 Mt. im Juni 1907. Wild ist im allgemeinen gleich geblieben im Preise, hat sich aber etwas billiger geworden. Preisrückgangem ist die Preisermäßigung, die Gemüse sowohl gegenüber dem Vormonat und Vorjahre aufweisen; gerade die zunehmende Verzehrung des Gemüses als Nahrungsmittel macht die Verteuerung zu empfindlich. Ganz besonders hat sich der Preis für Spinat erhöht; Mitte Mai kostete er 2—5 Mt. pro 50 Kilo, während er gegenwärtig 10—12 Mt. kostet. In der entsprechenden Zeit 1907 betrug der Preis für 50 Kilo Spinat nur 6—10 Mt. Auch Karotten sind im Preise gestiegen und teurer als im Vormonat und Vorjahre. Mohrrüben sind etwas billiger zu haben als 1907, sie kosten nur 3—5 Mt. pro Schock gegen 4—8 Mt. Ende Juni 1907. Das ist ein angenehmes Bild, daß uns der Wirtschaftskreis hier aufstellt. Stehender Beschäftigungsgrad, sinkende Löhne, hohe und sich noch immer steigende Lebensmittelpreise!

Zur Reform der Berginspektion.

Bergmannsterben in Oberschlesien.

Auf der Guldgrube, die zum Königl. Steinkohlenbergwerk Wielschowitz gehört, haben am 5. Juni 4 brave Bergleute, darunter drei ergrante Familienväter, in den Tiefen der Erde ihren Tod gefunden. Der gefährlichste Feind des Bergmanns, die giftigen Grubengase, haben 4 brave Promiere das Pfingstfest nicht mehr erleben lassen. Einer wollte immer lobensmäßig den anderen retten, wie es eben so Bergmannsart ist, allein das Schicksal hat es, anders gewollt.

Ueber das schwere Unglück wird uns noch berichtet: In der ersten Nachmittagsstunde hatte in der 170 Meter Höhe im Einstiegsloch der Wagenfähler Fohlt den Auftrag erhalten, nachzusehen, ob die Dämme in Ordnung wären (es war eine alte Strecke, die den Bergleuten als Gasstall bekannt war). Er begab sich deshalb an die näher bezeichnete Gasse. Da Fohlt nach geraumer Zeit nicht zurückkehrte, ging der Aufseher Borez mit zwei anderen Kameraden auf die Suche nach Fohlt. Je näher sie an die Unfallstelle kamen, desto deutlicher gewahrten sie den Geruch giftigen Gases. Borez erlag plötzlich ihrer Gewalt und sank zu Boden, die anderen beiden konnten sich mit Knapper Not vom Einstiegsstöße retten. Unter der mütigen Arbeiterkraft trat sofort der Fohlt hervor, um die Kollegen zu retten. Es war der jugendliche Bergknappe Briz. Nach Anlage eines Rettungsapparates und mit dem nötigen Sauerstoff versehen, ging Briz zur Rettung vor. Den Aufseher Borez brachte er auch zurück, leider bereits tot. Nun wollte er noch den zweiten Kameraden, den Wagenfähler Fohlt, bergen. Dabei erlitt aber auch ihn sein Geschick. Witten im Verlechergerüstigen Gasse rief der Schreck, daß ihm das Lebenspendende Element, den Sauerstoff abgeführt, da bei wurde ihm der Helm vom Kopfe gerissen und bald betete ihn der Tod neben seinen Kameraden Fohlt. Als Briz nun nicht zurückkehrte, ahnte sein Vater, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei. Er machte sich sogleich zur Rettung auf, aber auch er kehrte nicht heim. — Sofort ging eine schnell gebildete Rettungsmannschaft unter Anwendung aller Vorkehrungsmaßregeln an die Bergung der Leichen, gegen 6 Uhr abends waren alle vier geborgen.

Hier zeigt sich wieder so recht, wie sehr das Rettungswesen selbst auf Unklug. Eruben noch im Argen liegt und von wech zweifelhaftem Wert die Rettungsapparate sind.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“, ein unternehmerfreundliches Organ, können schon berichten, daß das Unglück auf sträfliche Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften, namentlich durch die Verunglückten, zurückzuführen ist. Das Blatt schreibt unter dem 8. Juni:

„In dem Unfall auf Guldgrube“

wird uns von sachverständiger Seite geschrieben: Das schwere Grubenunglück auf der kgl. Guldgrube in Bärze, das am Freitag Nachmittag vier Bergleute jähling dem Leben entriß, ist nach sachverständigen Dankschätzen in der Hauptsache nicht auf die fehlende Wirksamkeit der üblichen Grubengase zurückzuführen, als vielmehr auf eine sträfliche Nichtbeachtung und Unachtsamkeit der gerade für Brandfelder außerordentlich strengen bergpolizeilichen Vorschriften. Es ist nicht als eine Pflichtlosigkeit gegen die Verunglückten anzusehen, wenn hier der Finger auf die Wunde gedrückt wird, sondern als eine ernste Mahnung an alle Bergleute, den behördlichen Vorschriften, die den Extrakt jahrzehntelanger, praktischer Erfahrungen und sorgfältiger Ermüdungen darstellen, immer und überall bedingungslos zu gehorchen. In dem Bericht über die Katastrophe heißt es zunächst, daß der Wagenfähler Fohlt den Auftrag erhalten hatte, die Branddämme eines Feldbestückes zu revidieren. Hierüber bestimmt jedoch die B.-P.-B. folgendes: „Die Branddämme sind durch die Abteilungsleiter oder andere, von dem Betriebsführer besonders bestimmte, erfahrene Personen regelmäßig auf ihren luftdichten Abschluß, auf den an den Dämmen beobachteten Warmegrad und tunlichst auch auf die hinter ihnen herrschende Gasspannung zu untersuchen“. Der zuerst verunglückte Wagenfähler Fohlt dürfte als „erfahrene Person“ im Sinne der B.-P.-B. nicht angesehen und mit der Revision der Dämme nicht betraut werden und der Betriebsführer wird ihn auch keineswegs dazu zu sehen haben. Es ist vielmehr anzunehmen, daß neben dem Abteilungsleiter nur der moherfahrene Aufseher Borez besetzt war, die Dämme zu revidieren. Diese müßten sich bei den vorausgegangenen täglichen Revisionen in bester Ordnung befunden haben und deshalb Abbruch der am Unfalltag vielleicht gerade besonders stark in Anspruch genommene Aufseher die Revision einem Untergebenen. . .“

Wir sind mit dem Blatte durchaus einer Meinung, wenn es weiter betont, daß solche Revisionen nicht von einer Person ausgeführt werden dürfen und daß die B.-P.-B., welche eine solche Vorschrift nicht enthält, eine bedenkliche Lücke aufweist. Wir sind aber andererseits im Gegensatz zu dem Blatte der Meinung, daß es den Bergarbeitern ganzlich unmöglich gemacht ist, die B.-P.-B. streng zu beachten. Der verunglückte Wagenfähler F. ist nicht aus eigenem Antrieb zu dem Branddämmen gegangen, sondern auf ausdrücklichen Befehl seines Vorgesetzten, dem er gehorchen mußte, wenn er nicht dessen Horn auf sich laden wollte. Und so geht es in den meisten Fällen. Dem Bergarbeiter ist es fast nie möglich, die B.-P.-B. zu beachten, wenn sie mit ihrem Vorgesetzten nicht in Konflikt geraten wollen. Das ist traurige Wahrheit und sprechen wir aus einer vieljährigen praktischen Erfahrung. Die schönsten B.-P.-B. stehen nur auf dem Papier, wenn es den Arbeitern durch eine wirksame Grubenkontrolle nicht möglich gemacht wird, dieselben zu beachten. Die Schuld liegt also nicht an den Bergarbeitern, sondern an dem traurigen, völlig unzulänglichen System unserer heutigen Grubenkontrolle. Das ist die Wunde, auf die wir den Finger zu legen uns angeht, auch dieses tieftraurigen Unglücks, dem vier brave Schaffensfreudige Menschen zum Opfer gefallen sind, für verpflichtet halten.

Einen interessanten Beitrag zur Psychologie der sog. Berichtigungen liefert uns nachstehend die Bege Engelsburg.

„Eppendorf b. Weimar, den 9. Juni 1908.“

An den verantwortlichen Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“
Herrn Theodor Wagner,
Essen-Ruhr.

Wir ersuchen Sie unter Berufung auf § 11 des Reichspressgesetzes die in Nr. 22 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 30. Mai unter der Ueberschrift „Schachtbruch auf Zeche Engelsburg“ veröffentlichte Notiz wie folgt richtig zu stellen:

Es ist unwar, daß die am 14. Mai auf Zeche Engelsburg eingetretene durch den Förderkorb verursachte Zerbrüchung im Förderstreck auf einen gefährlichen Zustand des Schachtes zurückzuführen ist. Der Schacht ist im allgemeinen in jeden Monat einmal von der Bergbehörde besichtigt worden. Noch bei der letzten Befahrung, die am 3. Mai stattgefunden hat, haben sich irgendwelche, die Sicherheit betreffende Beanstandungen nicht ergeben. Es ist gleichfalls unrichtig, daß bei rechtzeitiger gründlicher Reparatur der Betriebsunfall hätte vermieden werden können. Nicht der Zustand des Schachtes an sich hat den Unfall herbeigeführt, sondern dieser ist darauf zurückzuführen, daß ein offenbar nicht ordnungsmäßig auf der Förderstreck befestigter Förderwagen unter die Schachtzimmernung gefaßt und eine große Anzahl von Einstrichen herausgerissen hat. Es ist somit auch völlig ausgeschlossen, daß der Unfall bei der Seilsfahrt hätte vorzommen können. Auch ist der Korb nicht festhalten geblieben, sondern er hat, nachdem der Förderwagen unter die Schachtzimmernung gefaßt hatte, noch einen Weg von mehreren Hundert Metern zurückgelegt, und ist dann dadurch zum Stillstand gekommen, daß dem Maschinenwärter das Signal „halt“ gegeben worden ist. Daß bei der Seilsfahrt der Förderkorb mit unheimlicher Geschwindigkeit in den Schacht gelassen worden ist, ist ebenfalls unwar. Die von der Bergbehörde für die Seilsfahrt vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von sechs Metern, die von den Maschinenführern jederzeit an den Geschwindigkeitsmessern abgelesen werden kann, ist nicht überschritten worden. Gleichfalls unzutreffend ist es, daß die Schachtzimmernung aus der Richtung gedrückt und der Schacht trumm und buhlig gewesen ist. Es ist schließlich unwar, daß für die Instandhaltung nicht Zeit genug vorhanden war. Für die Reparaturarbeiten stand den Schachtmann die Zeit von 11 Uhr abends bis 5 Uhr morgens (nicht bis 4 Uhr, wie in der Notiz behauptet ist) zur Verfügung. Außerdem wurden sämtliche Sonn- und Feiertage zur Instandhaltung des Schachtes verwandt. Ergibt sich Gemerlichkeit vereinigte Engelsburg. Doch.“

Wir haben dieser angeleglichen Berichtigung nur Raum gegeben, weil wir auf Grund des vorfindlichen Pressgesetzes dazu gezwungen sind. Unsere Zettelungen halten wir aber im wesentlichen aufrecht. Mag sich die Verwaltung einmal bei ihren Arbeitern erkundigen, in welchem Zustande sich der Schacht vor dem Zusammenbruch befand, wie wir es auch getan haben, sie wird dann zu ganz anderen Schlußfolgerungen kommen. Abermals kommt es auch auf anderen Schächten häufig vor, daß ein Wagen unter die Zimmernung faßt, ohne daß aber dadurch der Schacht zusammenbricht. Warum geschieht es denn auf Engelsburg? Wenn jedesmal die Schächte zusammenstürzen, wenn ein Wagen unter die Hölzer oder Verjählung faßt, hätten wir im Ruhrgebiet täglich Schachtbrüche zu verzeichnen. Der Schachtbruch auf Engelsburg muß also auch noch andere Ursachen haben. Also verhehrte Verwaltung, nennen Sie uns diese anderen Ursachen!

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Zur Lage in der Kohlenindustrie.

Die Werkpreise hat recht, wenn sie die gegenwärtige Lage als nicht so ungünstig für den Kohlenbergbau schilbert. Bedenkt man, welche Verheerungen die wirtschaftliche Krise in der Eisenindustrie schon angerichtet hat und wie andere Gewerbe gleichfalls unter der wirtschaftlichen Depression leiden, dann ist es erstaunlich, wie sich die Kohlenindustrie bisher noch so zu halten vermocht. Es liegt ja in der Natur der Sache selbst, daß die Kohlenindustrie mit am letzten von einer Krisis betroffen wird, aber wir beobachten und empfinden die letztere doch schon nun eine recht lange Zeit. Soweit das Ruhrbecken in Frage kommt, äußert sich die Krise vornehmlich in Lohnkürzungen, die im Laufe dieses ganzen Jahres sich fortgesetzt haben. Das muß selbst die „rheinisch-westfälische Zeitung“ zugeben, die sich in Nr. 664 vom 23. Juni wie folgt äußert:

„Bezüglich der Lohn- und Arbeiterverhältnisse ist zunächst zu konstatieren, daß die Löhne im zweiten Quartal dieses Jahres eine entscheidende weichen den letzten einengangs genommen haben. Wenn der Rückgang bis jetzt allermäßig auch noch gering ist, so kann es doch nicht ausbleiben, daß sich allmählich wieder normalere Verhältnisse anbahnen. Das Arbeiterangebot ist bei den Zechen zwar im allgemeinen noch nicht übermäßig groß und es gibt immer noch Zechen, die mehr Leute einstellen können. Auf anderen Zechen werden ebenso auch Entlassungen vorgenommen; die abgehenden Arbeiter finden aber, soweit sie im nördlichen Bergbau nicht unterkommen können, bei den ausgebehten Kanalarbeiten im Revier mühelos anderweitige Unterkunft.“

Das ist schon nicht mehr die Sprache, wie wir sie noch vor wenigen Monaten vorfanden. Wir stellen fest, daß die Löhne im Ruhrbecken im ersten Quartal nach uns amtlich vorliegenden Zahlen pro Schicht und Kopf der Bergarbeiter um durchschnittlich zwölf Pfennig gefallen sind und das Rechenorgan stellt fest, daß die Löhne weiter herabgingen. Auch der Beschäftigungsgrad zeigt, daß es bergab geht. Wohl erzählen uns die amtlichen Ziffern, daß sich im verfloffenen ersten Quartal gegenüber dem vierten Quartal 1907 die Belegschaftsziffer von 809 388 auf 820 485 im Ruhrbecken erhöht habe, jedoch darf man nicht darauf schließen, daß diese Erhöhung eine fortgesetzte war. Das zeigt uns auch die Feststellung über die Belegschaftsveränderungen im ersten Vierteljahr 1908 durch den Allgemeinen Knappheitsverein in Bochum. Demnach betrug der Zu- und Abgang im

	Januar	Februar	März	1. Vierteljahr
Zugang	18 048	17 481	15 884	16 096
Abgang	17 944	10 258	50 726	58 685

Nur der Monat Januar zeigt hier noch eine Zunahme der Belegschaftsziffer, im Februar und März ist der Abgang größer als der Zugang und beträgt der Ueberschuß der abgehenden Bergarbeiter im ersten Quartal 2920 Arbeiter. Diese Feststellung stimmt nicht mit der amtlichen Feststellung der Belegschaftsziffer überein. Nach amtlichen Zahlen ist eine starke Belegschaftszunahme zu konstatieren. Der Knappheitsverein, der freilich den Bezirk Rheinpreußen nicht mit umfaßt, stellt eine Belegschaftsbahnahme fest. Wer erklärt uns diesen Widerspruch? Insofern hat die „rheinisch-westf.“ weiter recht, daß es heute noch Zechen gibt, die Leute einstellen, es gibt sogar noch solche, die trotz des Arbeiterüberflusses im Ruhrbecken gesunde Arbeiter kommen lassen, jedenfalls ein Verfahren, das große Bedenken hervorrufen muß. Die Bergarbeiter sind eben in allem die zuerst Leidtragenden. Mit dieser Tatsache müssen wir uns einmal abfinden, so lange, bis die Bergarbeiter durch starke Organisationen zur Macht gelangt sind und ein Wortchen dann im Lohn- und Arbeitsvertrag mitreden können. Immer aber ist festzustellen, daß die Lage in der Kohlenindustrie noch im Verhältnis zu anderen Industriezweigen prächtig daht. Aller Unlust der Gefährdung zum Trotz erhöhte sich und zwar für ganz Deutschland Kohlengewinnung und Kohlenverbrauch. So betrug

	die Steinkohlenförderung		die Kokszeugung	
	1907	1908	1907	1908
Januar	12 298 774 To.	12 679 152 To.	1 788 804 To.	1 858 093 To.
Februar	11 120 527 "	12 642 714 "	1 658 577 "	1 725 548 "
März	11 942 453 "	12 476 008 "	1 812 861 "	1 898 789 "
April	11 490 255 "	11 595 056 "	1 777 457 "	1 708 975 "
Mai	11 126 886 "	12 222 074 "	1 809 018 "	1 759 906 "
Zusammen	58 113 174 To.	61 516 024 To.	8 824 207 To.	8 988 212 To.

die Braunkohlenförderung
1907 1908
1907 1908

	die Braunkohlenförderung		Briketts und Kokspreßsteine	
	1907	1908	1907	1908
Januar	5 181 581 To.	5 702 911 To.	1 255 746 To.	1 442 335 To.
Februar	4 771 277 "	5 408 805 "	1 212 479 "	1 498 785 "
März	5 001 382 "	5 498 011 "	1 308 015 "	1 483 231 "
April	4 896 398 "	5 091 803 "	1 306 976 "	1 432 526 "
Mai	4 824 237 "	5 241 661 "	1 296 223 "	1 500 516 "
Zusammen	24 691 647 To.	27 008 601 To.	6 385 634 To.	7 855 237 To.

Für die ersten fünf Monate des laufenden Jahres ergibt sich somit gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung der Kohlenförderung um 3,4 Millionen, der Braunkohlenförderung um 2,4 Millionen und der Herstellung von Briketts und Kokspreßsteinen um 0,97 Mill. Tonnen, während die Kokszeugung nur noch ein Mehr von 114 000 Tonnen aufwies, das sich wohl schon im kommenden Monat in ein Weniger umwandeln dürfte. So wird jetzt aus dem Ruhrbecken gemeldet, daß der Koksmarkt noch mehr ins Stocken geraten ist. Die Koksager füllen sich zusehends, was wir auch von den Kohlenagern sagen können. Im Ruhrbecken sollen die Lagermengen an Koks beinahe 600 000 Tonnen betragen. Das Gesamtbild für die ersten fünf Monate ist wie wir sehen, immerhin erfreulich. Bieht man nun zu den Ziffern der Kohlenförderung und der Koksherstellung noch die Ein- und Ausfuhrziffern mit heran und berechnet daraus den Verbrauch (Förderung + Einfuhr — Ausfuhr) so ergibt sich folgendes Bild:

	Steinkohleneinfuhr		Steinkohlenausfuhr		Steinkohlenverbrauch	
	1907	1908	1907	1908	1907	1908
Jan.	840 573	548 980	14 083 13	14 029 12	11 784 834	11 720 200
Febr.	729 695	818 217	17 414 06	17 355 714	10 108 816	11 720 217
März	805 589	994 772	15 803 85	17 905 575	11 167 657	11 680 205
April	990 668	1 008 540	18 581 26	14 284 041	10 592 977	11 176 156
Mai	1 119 056	1 076 688	13 866 27	18 428 72	10 872 788	11 456 400
zusf.	4 485 581	4 437 177	79 491 197	82 000 114	54 453 282	57 753 287

	Kokseinfuhr		Koksausfuhr		Koksverbrauch	
	1907	1908	1907	1908	1907	1908
Januar	19 181	43 276	304 536	309 811	1 482 053	1 592 458
Februar	31 416	40 725	278 927	283 967	1 409 066	1 462 306
März	51 122	46 485	278 971	282 559	1 585 002	1 620 716
April	24 791	38 256	312 612	312 612	1 499 636	1 475 873
Mai	37 442	38 392	320 424	344 235	1 534 848	1 454 063
Zusammen	173 936	207 134	1 504 459	1 539 931	7 511 508	7 605 415

Demnach wäre also, sowohl der Kohlenverbrauch wie auch der Verbrauch an anderen Brennstoffen gegenüber dem Vorjahre noch gewachsen. Durch die Anhäufung der Kohlenvorräte dürften sich die Ziffern über den nördlichen Verbrauch etwas verringern. Alles in allem, die Grubenbesitzer konnten bis jetzt noch zurechtfinden und nötig war es nicht, daß sie sich schon an die Reduzierung der Arbeiterlöhne heranmachen, noch ehe sie selbst durch die wirtschaftliche Krise Schaden erlitten. Dieje Politik der Werkherren ist alles andere, nur keine arbeitserfreundliche.

Die rheinische Braunkohlen-Brikettindustrie.

Der Geschäftsbericht des Braunkohlen-Brikett-Verkaufsvereins, G. m. b. H. in Köln, teilt mit, daß auch die rheinische Brikettindustrie durch die eingetretene allgemeine Geschäftsflaute nicht unberührt geblieben ist, dennoch hat sich das Geschäft gut abgewickelt. Wir haben schon in der Nr. 24 der „Bergarbeiter-Zeitung“ auf die Geschäftsfrage der rheinischen Braunkohlenindustrie hingewiesen und was sich dort zeigte, eine glänzende Entwicklung der gesamten Braunkohlenindustrie im Kölner Revier — erleben wir auch aus dem Geschäftsbericht über die Brikettherstellung und des Brikettverfaufs. Am Ende des Berichtsjahres, am 1. April 1908 waren im Revier 267 betriebfähige Pressen auf sämtlichen Werken vorhanden. Folgende Zusammenstellung gibt über die Entwicklung des Abjages des Verkaufsvereins Aufschluß:

Table with 5 columns: Year (1902/03 to 1907/08), Total production (Gesamtproduktion), Production of iron (Eisen), Production of steel (Stahl), and Production of other goods (sonstige Erzeugnisse).

Table showing participation in the production of iron (Eisen) and steel (Stahl) by various works (Werke) and their respective shares.

Der Gesamtbericht enthält auch eine Uebersicht über die Beteiligung der dem Verein angehörenden Werke wie über ihre Beteiligung am Absatz. Das Verhältnis war wie folgt:

Table with 5 columns: Name of work (Name des Werkes), Production in total (Gesamtproduktion), Participation (Beteiligung), Share of total production (Anteil am Gesamtprodukt), and Share of total sales (Anteil am Gesamtumsatz).

Die Abrechnung über die Beteiligung der dem Verein angehörenden Werke wie über ihre Beteiligung am Absatz. Das Verhältnis war wie folgt:

Table with 5 columns: Name of work (Name des Werkes), Production in total (Gesamtproduktion), Participation (Beteiligung), Share of total production (Anteil am Gesamtprodukt), and Share of total sales (Anteil am Gesamtumsatz).

Die Abrechnung über die Beteiligung der dem Verein angehörenden Werke wie über ihre Beteiligung am Absatz. Das Verhältnis war wie folgt:

Table with 5 columns: Country (Länder), Production in 1905, Production in 1906, Production in 1907, and Comparison with 1908 (Verglichen mit 1908).

Die Abrechnung über die Beteiligung der dem Verein angehörenden Werke wie über ihre Beteiligung am Absatz. Das Verhältnis war wie folgt:

Internationale Rundschau.

Englischer Brief. London, 21. Juni 1908. Morgen Montag, soll die zweite Lesung der Achtstundentag im Unterhaus stattfinden.

Grubenbesitzer es wünschen, ausschließlich Ein- und Ausfahrt berechnen will. Es geht, als hätte die Regierung die ernstliche Absicht, vor den Grubenbesitzern zu kapitulieren; denn, als vor einigen Wochen Ausflugsmitglieder der Föderation bei dem Premierminister und dem Minister des Innern vorstellten, wurden, um zu erfahren, wann die zweite Lesung vorgenommen werden würde, machte Herr Asquith ganz feindlich und frei den Vorschlag, die achtstündige Schicht unter Ausschluß der Ein- und Ausfahrt zu berechnen.

Der unmittelbare Anschluß der parlamentarischen Vertreter der britischen Bergarbeiter an die Arbeiterpartei ist durchaus nicht so sicher, wie es in der deutschen Presse allgemein dargestellt wird.

Die große Mehrheit der jetzigen Bergarbeitervertreter im Parlament sind ohne Zweifel ehemalige Radikale (Freisinnige). Es gibt einige, wie Abraham aus Wales, die sich revolutionären Sozialisten nennen und doch in der liberalen Partei das Mittel zur Erfüllung der Bergarbeiterforderungen erblicken.

Wenn man nun bedenkt, daß die englische Arbeiterpartei nicht wie die deutsche ein halbes Menschenalter durch ein brutales Gesetz niedergedrückt worden ist, daß sie nicht durch eine ausgeprochene Klassenjustiz geknebelt und geknechtet worden ist, daß ihr vielmehr manche Stellen im Verwaltungsapparat offen stehen wie z. B. die Stelle des Friedensrichters, Bürgermeisters usw., und daß ihr in den Kämpfen des englischen Liberalismus auch manche Vorteile zugefallen sind, so kann man die Stellung der alten englischen Bergarbeitervertreter, wenn man sie auch nicht billigen mag, jedenfalls verstehen.

England. Die Beratung über den Achtstundentag im englischen Parlament wurde am 22. Juni nicht zu Ende geführt. Ihre Fortsetzung dürfte erst in den nächsten Wochen erfolgen.

Die verunglückte Resolution.

An der Westküste Englands liegt ein bekannter Badeort, dessen Name an eine schwärze Sache erinnert. Wohlwollende sagen, daß der Name des reizenden Städtchens dadurch entstanden sei, daß die Vergleite Lanceshire hier jährlich ihre große Demonstration abhalten, zu welchem Anlaß sie zu Tausenden mit Weib und Kind den Badeort überfallen und sich vergnügen in Weere tummeln, wonach der Strand das ganze Jahr hindurch einer schwarzen Leiche ähnlich sein soll.

Einige Wochen darauf wurde der Bürgermeister, des Seebades S., eines Konkurrenzortes des obengenannten Ortes, auf angenehme Weise überrascht. Er hatte einen Brief erhalten, in dem angefragt wurde, ob die Bewohner von S. Anordnungen treffen könnten, etwa 7000 Vergleite zur Abhaltung der jährlichen Demonstration zu empfangen.

Der Stadt unter die Feststellungen. Von S. M. U., der gefürchtete sozialistische Bergarbeiterführer Schottlands, den die Lanceshiremänner unter dem Namen des Sozialismus schon große Fortschritte gemacht hat, zu ihrem Hauptredner erkoren hatten, wurde mit einer solchen Herzlichkeit und mit einem solchen Wut bewirkt, daß er sich einen ganzen Tag lang für einen lange verkannten Herrscher von Gottes Gnaden hielt.

Aber o weh! Ganz anders lagen die Dinge in dem Seebade mit dem unglücklichen Namen. U. S. der erste Schreck über die Kunde von den Absichten der Vergleite vor, bestürmten die Bürger während das Rathaus und die armen Stadtväter hatten nichts effizientes zu tun, als die Abstimmung über die Resolution betreffs der Achtstundentag für ungültig zu erklären. Die beharrlichen Stadtväter, wie sie die Köpfe hängen ließen! Nur drei von ihnen waren munter und guter Dinge; sie waren nämlich bei der fatalen Abstimmung nicht zugegen gewesen und bildeten nunmehr die natürlichen Führer der ergrimmten Bergarbeiter und die Leiter des losbrechenden Sturm.

Das Konkurrenzstättchen S. soll durch die Demonstration der Bergarbeiter Lanceshires um über eine Million Mark reicher geworden sein. Und die Moral von der Geschichte? Was solch ein Millionär von einem Bergknappen nicht alles kann.

Knappschaffliches.

Wochun. Das neue Knappschaffstatut tritt am 1. Juli in Kraft und findet für alle Mitglieder, welche vom 1. Januar 1908 krank gefehert haben, eine Nachzahlung des Krankengeldes für alle Lohnklassen — 1 bis 11 — statt.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Preußisch Gluck. Hier hat die Verwaltung zehn Arbeitern gekündigt. Nach Lage der Sache müssen wir annehmen, daß der Verwaltung die Organisation un bequem ist und die Arbeiter durch die Kündigung zu einem Streik, der unter den gegebenen Umständen nicht angebracht ist, provozieren will.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Niebeckische Montanwerke. Zwölf Prozent Dividende für die Herren Kapitalbesitzer und Lohnreduzierungen für die Arbeiter, das ist die Signatur auf den im Oberböllinger Revier liegenden Braunkohlenwerken. Zweck ging die Überwälzung der Niebeckischen Montanwerke auf den Hoberfschacht vor und reduzierte die Bedinge um ein ganz bedeutendes.

Königreich Sachsen.

Grube Viktoria. (Vobstädt). Einzelne Grubenbeamte, besonders der Bureauarbeiter R. S., glauben die Arbeiter behandeln zu können, wie es ihnen beliebt. Schon öfters hatten wir Klagen gehört, daß insbesondere Franken Vergleiten gegenüber Reich Töne anschlägt, daß man sich auf einen Kaiserhof verjet glaubt.

in der wertigeren Kost genährter Körper ist den Berufsgefährten und Strapazen gegenüber nicht widerstandsfähig. In der Grube sind die Arbeiter schlecht und mangelhaft. In der Grube sind die Arbeiter schlecht und mangelhaft. In der Grube sind die Arbeiter schlecht und mangelhaft.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Wachtberg I. Es hat der Unschelm, als wenn der Herr Obersteiger Schumann einen ständigen Platz in unserer Zeitung einnehmen wollte. In unserer Nr. 22 wiesen wir schon darauf hin, daß die Arbeiter zwingen, in der Hölländer Kantine, worin sich viel Ungelehrter befindet, Wohnung zu nehmen, und schon wieder wird ein derartiger Fall mit zwei Stützern gemeldet. Es hat den Unschelm, als wenn Herr Kellner an der hölländischen Kantine wäre. Wir sind der Meinung, es solle in erster Linie dafür Sorge getragen, daß die Kantine von Ungelehrten frei würde, damit wiederum die Arbeiter nichts dagegen einzuwenden haben, dort Wohnung zu nehmen. Daß unsere Angaben in Nr. 22 der Wahrheit entsprechen, beweist, daß sogar in der vorletzten Woche die Bureau von Wachtberg desinformiert werden mußten. Es wäre am Platze, daß Direktor Wolf die Sache einmal ordentlich untersuchte.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Härtlicher Zwischenfall. In der vorigen Woche verunglückte hier beim Ueberfuhren ein Arbeiter dadurch, daß ihm ein Stein, der sich an Stoß gelöst hatte, auf den Kopf fiel. Bevor dann die Kommission zur Besichtigung erschien, wurde alles Lose an den Stößen abgerissen und alles schon in Ordnung gebracht. Steiger Mikolaj hat diesen Befehl zum Zwecke der Unfallabklärung bereits erteilen sollen, ehe ein Arbeiter verletzt wurde. Nachdem aber ein Unfall geschehen war, hätte alles beim alten bleiben können, bis die Kommission erschien.

Härtlicher Zwischenfall. Schon öfters haben wir an dieser Stelle erwähnt, daß ein Steiger infolge seiner kurzen, praktischen Tätigkeit nicht in der Lage sein kann, eine Arbeit genügend nach Zeit und Wert zu beurteilen; so geht es auch anscheinend dem Steiger Gutz. Wenn die Arbeiter sich mühsam geplagt, aber nach seiner Meinung nicht die gewöhnliche Arbeit geleistet haben, ist er so inkonstant und schreibt denselben nur 1/2 Schicht. Zur Begründung seiner Mächtigkeits jagt er dann: mit ihm es gleich, ob ihr mit 8 Mrk. pro Schicht oder noch weniger nach Hause geht. Höfentlich fragt er auch zumessen, was sie mit dem vielen Gelde anfangen und ob sie zuviel fressen. Und durch eine derartige Behandlung soll ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeiter und Unternehmer erzielt werden, wie die Leitbühnen der Reichstreu zu sagen pflegen. — Während den Arbeitern immer wieder aus neue verboten wird, im Betriebe für ihre Organisation zu agitieren, fordert der Steiger zudem die Arbeiter in der Grube auf, zum Appel zu gehen und dem Arbeiterverein beizutreten. Viel Glück hat er mit diesen Bemühungen allerdings nicht, denn jeder vernünftige Arbeiter ist froh, wenn er dem militärischen Drill entronnen ist und zieht es nachher vor höherliegenden Bestrebungen zu huldigen, als denen der Arbeitervereine.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Effert und Funke „Dementieren“!

In Nr. 25 der „Bergarbeiter-Zeitung“ brachten wir einen Artikel über „Fragänge in Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter“. Wir wiesen nach, wie die fortgesetzt wechselnde und unbeständige Haltung der Gewerkschaften sich abspiegt auch in den Reden, bei der Agitation. Als Beweis hierfür führten wir die Haltung der Gewerkschaften anlässlich der Knappschaftswahlen in Oberbayern an. Vorsticht wie wir sind, wenn wir es mit den christlichen Gewerkschaften zu tun bekommen; geben wir an, wie und aus welchem Grunde die Christlichen sich so verhalten und wodurch sie die gewerkschaftlichen Grundsätze und Beschlüsse selbst christlichen Gewerkschaftler über den Haufen werfen. Und wir führten ferner an, warum kein vernünftiger denkender Bergarbeiter mit den Gewerkschaftlern in Oberbayern bei den Knappschaftswahlen zusammengehen konnten. Das Beweismaterial veröffentlicht wir selbstverständlich mit. Die Ungeheuer im „Bergknappen“, die bis dahin in zwei Artikeln uns mit Mägen und Anekdoten dienten, sind durch unsere Feststellungen jetzt in eine sehr fatale Lage geraten, nämlich sie müssen zugeben, was wir behauptet haben. Denn was Effert da in letzten „Bergknappen“ schreibt, ist keine Widerlegung, sondern eine Bestätigung des von uns Angeführten. Er gibt zu, daß von Gewerkschaftlern darauf hingewiesen wurde, daß durch die Nichtzahlung der Knappschaftsbeiträge derjenige Teil der Bergarbeiter gefährdet worden wäre, der ausgewandert und nachher wieder zurückgekehrt sei. Ja, Herr Effert, genügt diese Feststellung der Geschädigten, um nun überhaupt gegen die Rückzahlung der Beiträge in der Wiesbacher Knappschaftskasse Front zu machen? Weil einige Bergleute sich schädigten, weil sie sich das Kassengeld herauszahlen ließen und dennoch zurückkamen, darum sollte die äußerlich wichtige und den oberbayerischen Knappschaftsmitgliedern glänzend Bestimmung aus dem Statut entfernt werden? Herr Effert wissen Sie nicht, daß das, was das Wiesbacher Statut hier schon gibt, von den Bergleuten anderer Bezirke in ihren Kassen angestrebt wird? Jawohl, das wissen Sie und das wußte auch unser Bezirksleiter Strasser. Darum hat er energisch Stellung gegen ein so arbeiterfeindliches Mandat der „Christlichen“ in Oberbayern genommen. Was aber taten Funke und Effert? Funke kam her und zog nicht gegen die Gewerkschaften, sondern gegen die, sondern ging mit wüsten Beschimpfungen gegen Strasser los. Und Effert kam und sekundierte später Funke, fand kein Wort der Verurteilung des Systems der Gewerkschaften, sondern suchte die Haltung dieser Leute nach zu stützen. „Potorny“ würde im Ruhrbecken auch nicht die Rückzahlung der Beiträge für die Bergarbeiter bei Abgang von einer Zeche fordern! Ja, was soll das heißen, B. würde es wohl tun, unter den Bedingungen, wie sie die Bergarbeiter tagungen beschlossen haben. Effert hat von diesen Bedingungen den oberbayerischen Kameraden kein Wort erzählt, sondern kam her und verteidigte die Haltung der oberbayerischen Gewerkschaften damit, weil Bergarbeiter, die ausgewandert und wieder zurückgekehrt seien sich geschädigt hätten! So Herr Effert, darauf kommt es an. Was soll also ihr Verstehen im „Bergknappen“? Sie, Herr Effert wissen, daß auch bei Auswanderung sich die oberbayerischen Kameraden ihre Kassengelder mit geringem Umlaufgeld aufrecht erhalten können, wenn die Bergarbeiter es wollen. Nun sie es nicht, dann müssen schon ganz besondere Gründe dafür vorliegen, die Kassengelder sich erst herauszahlen zu lassen und dann trotzdem später wiederzubekommen. Diese Fälle dürften auch nur selten vorkommen. Mehr aber kann vor, daß Pfaffenbindungen erfolgen oder auch direkt Maßregelungen. Für diese Leute war es ein Glück, daß sie auf Grund der Erzeugnisse ihr Geld zurückbekamen. Und für diejenigen, die zukünftig freiwillig oder unfreiwillig abgehen, ist es gleichfalls gut, daß die Rückzahlung der B. Wg. Beiträge erfolgt. So wollen es die Bergarbeiter, Christen und andere Vortell haben. Hatte Effert diesen Standpunkt vertrat, er wäre in Oberbayern ganz anders aufgenommen worden, wie es jetzt ist. Er Frau sie nicht im „Bergknappen“ über die Unterdrückung und Zurücksetzung der Bergarbeiter heraus zu jammen. Potorny richtete sich nach den Beschlüssen des Essener Bergarbeiterkongresses und Effert umging sie. Daß der Unterschied, den Effert nicht hinweg disputieren noch dementieren kann. Ebenso steht er mit seiner Haltung gegenüber der Frauenarbeit. Was Funke hierüber gesagt hat, darüber haben wir gleichfalls berichtet und Funke freistet es auch gar nicht ab. Und auch das, was der „Bergknappe“ über Funkes Ausführungen in Hausham über die Frauenarbeit brachte, genügt vollkommen, um die Unzulänglichkeit des Gewerkschafts in gewissen Gewerkschaftsfragen festzustellen. Wir haben Herr Effert die Beschlüsse von christlichen Kongressen über die Frauenarbeit mitgeteilt. Effert drückt sich in seiner Abwehr um diese Beschlüsse herum und stellt dafür die Behauptung auf, daß die Mehrzahl der bayrischen — muß wohl heißen oberbayerischen — Bergarbeiter damit einverstanden sind, wenn die Frauenarbeit nicht plötzlich durch Gesetz abgelehrt wird, vielmehr daß durch ein Uebergangsstadium die Frauenarbeit auf den Gruben allmählich in Fortfall kommt. Wir fordern Abweisung der Frauenarbeit, fordern es viele Jahre lang. Die christlichen Kongresse haben hier gleichlautende Forderungen aufgestellt. Herr Funke aber kommt her und wagt in Bergberg die oberbayerischen Bergarbeiter.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Effert und Funke „Dementieren“!

Wenn die Gewerkschaften gegen die Frauenarbeit auf den Gruben seien, dann bräuchten sie sie doch nicht

auf den Gruben arbeiten zu lassen! In Hausham erfuhr Funke festzustellen, daß wegen der jetzigen Lohn- oder Pensionsverhältnisse, manche Familien, oder Witwen vorhanden sind, die ohne Arbeit auf den oberbayerischen Gruben nicht leben könnten, was sollte die Leute denn machen? Sollten Sie etwa Geld in die Pfaffen geben? So Funke, nach dem Bericht des „Bergknappen“. Was gehen Funke und was gehen Effert selbst Beschlüsse an, die er mit angenommen hat. Er sekundiert auch für Funke und liegt der Welt jetzt im „Bergknappen“ vor, daß die bayerischen Bergarbeiter in ihrer Mehrheit die Frauenarbeit nicht auf schnellstem Wege abgelehrt wissen wollen. Herr Effert, die große Mehrzahl der oberbayerischen Bergarbeiter will nichts von Frau. Effert und seinem Gewerkschaftswissen, die große Mehrzahl der Wiesbacher Knappschaftsmitglieder gehört dem Bergarbeiterverband an, der Gewerkschaft hat nur in allem daselbst einige Vorkämpfer und doch kommt Effert her und läßt sich und anderen vor, daß die Bergarbeiter in Oberbayern seines Sinnes seien. Welchen Sinnes die oberbayerischen Bergarbeiter in ihrer Mehrheit über Effert und seinen Kollegen Funke waren, hätte man am besten erfahren können, wenn man in einigen Versammlungen den Kameraden den Willen gelassen hätte. Die Gehuld war nämlich bei den Kameraden schon längst zu Ende, noch ehe die beiden christlichen Herren ihre Weisheit veräußert hatten. Dann schreibt Effert, die oberbayerischen Mitglieder hätten bei dem Direktor um die Verhältnismäßigkeiten gebeten. Wenn sie dabei nicht gewußt hätten, daß der Direktor diese Wahl nicht vorzuschreiben konnte, so sei das auch kein Vergehen. Freilich neben Wählert paart sich recht oft die Dummheit. Für diesen Fall trifft das ganz besonders zu. Über was meint Herr Effert, wieviel die Christlichen bei einer Verhältnismäßigkeiten herausgehoben hätten? Es war schon besser für den Gewerkschaft, daß er schlüssig hinter dem Verbandstarek herstellte und sich eine geistliche Wamagie auch bei den Bestenwählern ersparte. Im Uebrigen ist es recht wenig, was Herr Effert über die Absichten der Deputation zu sagen weiß, wir hatten mit Recht mehr behauptet und festgesetzt. Dann folgt Herr Funke mit einem „Dementi“ im „Bergknappen“. Dieser Herr kann dementieren, was er will, was wir sagen, ist von ihm aus gesprochen und von der Versammlung sofort unter großer Heiterkeit und Händeklatschen gutgeheißen worden, was sich wiederholte, als der „München-Glabbacher“ seine Ausführungen funktgemäß noch mehr betätigte. „Die Unternehmer sind nicht so dumm wie die Arbeiter, daß sie sich in christlichen Verbänden organisieren.“ Herr Funke kam ja gegen uns Klage an, dann werden wir ihm überreichlich Zeugen stellen, die das gleiche behaupten haben wie wir. Wir führen ihm nach, dem Herrn Funke aus München, daß er so etwas nicht gesagt haben will, aber er ist schon in Oberbayern gestagt worden, wer ihm zum christlichen Sekretär gemacht habe. Er solle sich, wenn er auf seinen Leuten die freien Gewerkschaften angreife, auch das nötige Verständnis hierfür aneignen. Mit wüsten Schimpereien und Blagen aus der München-Glabbacher Aktenmappe könne man nur Ignoranten und Dummköpfer noch imponieren, sonst keinem Menschen mehr. Nachträglich erfahren wir, daß Herr Effert in Gießhüfen erklärt hat, daß durch die Agitation des Gewerkschafts auch der Bergarbeiterverband stark geworden sei. Dasselbe sagte Effert auch in Bayern. Potorny hatte das „Unglück“, das Wort Agitation in Kampfung zu gebrauchen, wofür ihm schon in Bayern und nachher im „Bergknappen“ in heller Entrüstung von Effert die Reviten gelesen wurden, wie es ihm auch erging, als er einen Ausbruch Efferts, der Freiheit lautete mit Unverfrorenheit „verwechelte“. Wie konnte Herr Effert in beiden Fällen so „mißverstanden“ werden? Einfach gretlich! Nun, Potorny hatte Effert schon in Bayern erklärt, ob Agitation oder Kampf, in beiden Fällen war das Verhalten des Gewerkschafts unter der Ätern Brust bis heute oft genug schmerzhaft und verlogen. Auch das letzte vom Gewerkschaft herausgegebene Flugblatt „Der Fall Wehrns“ sei eine dieser schmerzhaften Kampfnote des Gewerkschafts gegen den Verband. So, nun mögen die christlichen Herrschaften weiter „dementieren“. Von dem, was ist, dementieren sie kein Stück hinweg.

Herr Ertelenz als Zitatenfälscher.
Herr Ertelenz wehrt sich in der Frankfurter Zeitung gegen den Vorwurf, daß er das hiesige Zitat (siehe Nr. 24 der „Bergarbeiter-Zeitung“ unter Arbeiterbewegung) gefälscht habe. Er habe den Satz ausgelassen, wie andere Sätze auch. Ach, die arme Unschuld. Wenn Herr Ertelenz den Satz gebachtet hätte, dann hätte sich die „Frankfurter Zeitung“ von ihm das Honorar zurückzahlen lassen. Herr Ertelenz wollte doch nachweisen, wie die Gewerkschaften immer mehr den neutralen Boden verlassen und flücht sich nach als Kronzeugen hie an. Sue aber hat in dem von Ertelenz angelegenen Artikel betont, daß die Gewerkschaftsmitglieder — außerhalb der Gewerkschaften zur parteipolitischen Tätigkeit aufgefordert werden müssen. Sue schrieb das hin, um innerhalb der Gewerkschaften die Neutralität nicht aufzugeben. Ertelenz aber läßt den Satz, der wörtlich lautet: „... sie zur parteipolitischen Tätigkeit außerhalb der Gewerkschaft aufzufordern müssen“... fehlen und damit hatte er „nachgewiesen“ daß Sue seinen alten Neutralitätsstandpunkt gleichfalls aufgegeben habe. Das Honorar war verbient, aber der Beweis mißlungen. Die anderen Sätze, die Ertelenz ausließ, spielten gar keine Rolle, auf den obigen Satz kommt es an, den aber ließ Ertelenz fehlen. Darum nannten wir ihn Zitatenfälscher, und das mit Recht!

Schwerer Unfall auf Zeche Präsident, Schacht I.

(Vier Arbeiter tot, vier schwer verletzt.)

Am 27. Juni, nachmittags zwischen vier und fünf Uhr stürzten, wie uns berichtet wird, auf der genannten Zeche acht Arbeiter in einem Fährschacht mit den Fahrten ab, wobei vier Arbeiter sofort getötet und vier so schwer verletzt wurden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Wie es möglich war, daß die Fahrten abstürzen konnten, wenn alles in Ordnung war, ist uns unerklärlich. In unserer Zeitung haben wir schon häufig Kritik an den Verhältnissen auf genannter Zeche geübt und wie berechtigt diese Kritik war, zeigt dieser tiefbedauerliche Unglücksfall.
Geislingen. Die Intoleranz der Zentrumschriften treibt hier sehr sonderbare Wüten und wir können darüber manches Liebchen sagen. So kamen auch am 14. Juni etwa 15 Kameraden auf einem Spaziergang nach der Wirtschaft Witwe Metter. Dort unterhielten sie sich beim Glase Bier über allerlei, als zu ihrem größten Erstaunen plötzlich die Wirte an ihren Tisch herantretend und erklärte, daß sie den Verein in ihrem Lokal nicht dulde. Als der Wirte aber klar gemacht wurde, daß es sich um gar keinen Verein, sondern nur um Spaziergänger, welche sich zufällig getroffen, handle, gab sich diese auch zufrieden, anders aber ihr Sohn, der Bergmann Wilh. Metter. Als einer der Kameraden seinen Schuster für das Fäden der Stiefel bezahlte, kam dieser Jüngling ganz aufgeregt an den Tisch und erklärte unter allgemeiner Heiterkeit, daß er sich entsetzen verbiten müsse, daß in seinem Lokale etwas bezahlt würde. Dabei machte er u. a. auch das Eingefändnis, ihm wäre gebroht worden, wenn er die Verbändler dulde, würde er von oben gebückt. Das sind also die geistigen Waffen der M.-Glabbacher-Zentrumschriften, wie wir sie auch im Redaktionsbüro Polzeiprozess haben kennen gelernt. Unsere Kameraden werden alles daransetzen, daß die Pläne der Dunkelmänner, die unsern Verband vernichten wollen, sich nicht erfüllen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Ausdorf.

Wie der „große mächtige“ Gewerkschaft von dem „toten“ Verband terrorisiert wird, darüber bringt der „Bergknappe“ und die geistesverwandte Zentrumspreß fortgesetzt langatmig Lamentos, wo aber die Terroristen zu suchen sind, dafür ein Beispiel. Ein Mitglied des Bergarbeiterverbandes war acht Monate im Verbands, als es erkrankte. Das Krankengeld kam aber erst nach zwölfmonatlicher Mitgliedschaft gezahlt werden. Der Verband konnte dem betreffenden Kameraden statutenmäßig keine Krankunterstützung zahlen. Ein Vertrauensmann des Gewerkschafts kam in die Wohnung dieses kranken Verbandsmitgliedes. Er wunderte sich, daß dieser seitens des Verbandes keine Krankunterstützung bezöge. „Wenn du zum Gewerkschaft übertrittst, dann bekommst du sofort Krankunterstützung.“ So erklärte dieser Gewerkschaftsagitor. Der Kranke ließ sich überreden und der Mitarbeiter nahm das Mitgliedsbuch mit zum Unsicheren. Wir sind über solchen Verlust nicht böse. Jedoch finden wir es als eine ehrliebe Art und Weise, wenn mit solchen Mitteln Mitgliedererwerb getrieben wird. Der Gewerkschaft hat in dieser Beziehung dieselbe Bestimmung wie der Verband, welche vorschreibt, daß erst nach zwölfmonatlicher Mitgliedschaft Krankunterstützung gezahlt wird. Im Kurieren übernahm der Gewerkschaftsverband frange, nicht bezugsberechtigter Mitglieder und zahlte ihnen Krankengeld? Was sagen die Gewerkschaftsmitglieder zu solchen statutenwidrigen Vorgängen? Auf Grube Maria wurde einem Verbandsmitgliede von einem Christlichen

das Verbandsbuch gestohlen, damit derselbe zu der Zentrumsgewerkschaft überreten solle. Vor kurzem schrieb der Gewerkschaft in einem Flugblatt: „Wir wollen in Frieden leben mit den Mitgliebern des alten Verbandes.“ Wir führen hinzu, mein diesfalls von den M.-Glabbacher Jünglingen das Gerücht umdrängen lassen, ohne zu müssen. So weit sind wir noch nicht, mein lieber Peter.

Sannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.

Gießen. Am Freitag, den 12. Juni fand im Gewerkschaftshaus zu Gießen eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, welche von den Bergarbeitern des Giesener Braunschweigwerks verhältnismäßig gut besucht war. Kamerad Hansmann-Gießhüfen referierte über die Lage der Bergarbeiter früher und jetzt. Der lebhafteste Beifall, welcher den Ausführungen des Referenten geollt wurde, war ein Beweis dafür, daß derselbe den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion sprach Bezirksleiter Fauth, auch diese Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Wir können nun nicht umhin, uns ein klein wenig mit den Verhältnissen auf dem Giesener Braunschweigwerk zu befassen. Am 10. April d. J. kam es auf diesem Werk ganz unerwartet zu einem Streik, die ganze unterirdische Belegschaft (200 Mann) legte wie ein Mann die Arbeit nieder. Die Ursachen des Streiks waren in einer Lohnreduzierung sowie scharfes Ansehen der Strafen für unrein und milder geladene Fürderwegen gegeben. Auch ließ die Behandlung einiger Beamten den Arbeitern gegenüber zu wünschen übrig. Die Arbeit wurde nach zweekmäßiger Unterbrechung infolge Verhandlung von den Arbeitern damals am 18. April wieder aufgenommen, weil die Verwaltung in einigen Punkten Zugeständnisse machte und es den Arbeitern infolge Mangel einer jeglichen Organisation unmöglich war, im Streik weiter zu verharrten. Es haben sich nun inzwischen wieder einige Mißstände eingestellt, deren Beseitigung durchaus gewünscht wird. So sollten am Maschinenpflanz am 12. Uhr mittags als keine Lampen mehr brennen. Auch ist den Arbeitern keine Möglichkeit geboten. Derselben nehmen sich in Wägen Wasser mit in die Grube und waschen sich dann zwischen den Schienensträngen, wo außerordentlich viel Schmier vorhanden ist. Die Kleider bleiben in der Grube und können somit nicht getrocknet werden. Bei einigen guten Willen könnte doch die Verwaltung eine Waschanlage errichten lassen, damit den durchnähten Arbeitern Waschgelegenheit geboten würde. Darin könnte dann auch das Mittagessen einbezogen werden, wozu jetzt ein alter Schuppen dient, in welchem lauter altes Gerumpel durcheinander liegt. In dem Protokoll über die Verhandlungen während des Streiks heißt es unter Punkt 9 wie folgt: „In Punkt 9 ist man allgemein darüber einig, daß die Arbeiter, wie es der heutigen Anschauung entspricht, von der auch die Verwaltung in allen Teilen durchzuführen ist, als freie Menschen und verlässliche Mitarbeiter behandelt und gewollt werden.“ Wir erlauben uns, zu bemerken, daß wir es für unmöglich halten, daß die Arbeiter wie oben angeführt behandelt werden. Hier muß Nennbar geschaffen werden, und das ist ganz gut möglich, wenn nur der Wille vorhanden ist. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Kloster-Mennigen a. d. Defter. Am 14. Juni nahm eine hier im Klosterischen Lokale stattgefundene öffentliche Bergarbeiterversammlung nach einem Referat des Kameraden Gärtner über die preussische Berginspektion und Grubenkontrolle im Jahre 1907 Stellung zu der schon bekannten Verichterstattung des Herrn Reg. Bergrats Wolf für Südhannover und nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 14. Juni im Lokale des Herrn Mochar in Kloster-Mennigen stattfindende, hauptsächlich von der Belegschaft der Gewerkschaft Gertha besuchte öffentliche Bergarbeiterversammlung protestiert mit aller Entrüstung gegen die für die Arbeiterklasse geradezu beleidigenden Behauptungen des Herrn Bergrats Wolf in seinem Bericht für 1907 betreffend den Streik auf Gewerkschaft Gertha.“

Die anwesenden Bergarbeiter erklären sich für mündig genug, um selbst über die etwaige Notwendigkeit und Anwendung eines Streiks zu entscheiden und kann von einer Verhinderung durch die Vertrauensleute, wie der Herr Bergrat Wolf so geschmackvoll sagt, keine Rede sein. Auch weisen sie die einseitige Beschuldigung des Kontraktbruchs mit aller Entschiedenheit zurück. Die versammelten Bergarbeiter erklären rund heraus, daß sie zum Herrn Bergrat Wolf als Vertreter der Königl. Bergbehörde absolut kein Vertrauen mehr haben können und wünschen, daß das Königl. Oberbergamt den Herrn Bergrat Wolf an einen für diesen geeigneteren Posten stellt. Die Bezirksleitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands wurde beauftragt, diese Resolution den Behörden zukommen zu lassen. Auch sollte die in der Versammlung über Mißstände auf Grube Gertha und das Verhalten einzelner Beamten gelangt. Der Herr Betriebsleiter gibt sich anscheinend der Mühe hin, durch allseitig Schlitze und kleinen Nadelstiche den Verband vernichten zu können. Nun, in der nächsten Zeit wird sich die Belegschaft weiter mit den Mißständen und dem Verhalten der Beamten beschäftigen. Wenn die Grubenverwaltung den Frieden stören will, so werden sich die Arbeiter zu wehren wissen. Dem Herrn Betriebsleiter raten wir, von seinem bisherigen Verhalten abzulassen. Er vernichtet den Verband doch nicht, aber er kann selbst leicht darüber stolpern, wie das ja auf Grube Gertha üblich ist. Kameraden von Grube Gertha, haltet die Augen offen und seid auf dem Posten.

Zeiss-Horloff. (Wichtigstellung.) Wir brachten in Nr. 17 eine Zuschrift über die Verhältnisse auf der Grube Friedrich in Zeiss-Horloff zum Abdruck, wobei wir irrtümlich mitteilten, dieselbe rühre von dem früheren Grubendirektor Thimm her. Nach neueren zuverlässigen Informationen hat Direktor Thimm mit dieser Zuschrift nichts zu tun und stehen wir nicht an, unsere diesbezügliche irrtümliche Angabe hiermit richtig zu stellen. Dagegen halten wir die in der Zuschrift gemachten Angaben über die Verhältnisse auf der Grube Friedrich vollständig aufrecht.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

500 Mark Belohnung dem, der die Geheimtinten wiederbeschafft.

Seitdem die Türen des Altenschranks geöffnet und der daraus entströmende heftige Duft das niedersächsische Revier überflutet hat, sind die Herren Grubenverwaltungen ganz kopflos geworden. Wenn man sich ihr überfahretes nervöses Treiben beobachtet, muß sich unwillkürlich das Mittelstücken regen. Um ja die Altten, welche so kompromittierend für manchen Herren waren, welche überhaupt das stolze reichstreue Gebäude über den Haufen werfen, wieder in die Hände zu bekommen und zweitens, den Sünder, welcher dieses Material der Arbeiterpresse überließerte, ausfindig zu machen, begehrt man eine Dummheit um die andere. Zunächst war man der Meinung, niemand anders als die verfluchte Volkswacht könnte die Altenschränke haben. Flugs wurde der Breslauer Staatsanwalt mobil gemacht, welcher dienstfertig, wie nun einmal die Breslauer Justiz ist, sofort eine Anzahl Mittelstücken nach der Volkswacht-Reaktion entsandte um das Staatsgefährliche Papier mit Beschlag zu legen. Doch o Weh! Mit verbotenen Gesichtern mußte man abgehen. Dem Staatsanwalt blieb die Freude verlag, den Niedersächsischen Kohlenkönigen das Altmaterial zurückzuliefern zu können. Man hätte meinen sollen, daß dieses Probbögen genügen würde, die hohen Herren zur Enthüllung zu bringen. Aber weit gefehlt! Stolz wie die Spanier schreien sie fürdaz, ähnlichen Siegen entgegen.
Der nächste schlaue Gedanke war, da Kamerad Schacht nach Ansicht der Reichstreu nichts wie Schlechtigkeiten begehrt, inselgedessen er auch diese Nichtsnugigkeit auf dem Kerbholz haben müsse, man also nur an seine Adresse zu gehen brauche, um zu dem gewünschten Ziele zu kommen. Kamerad Schacht wurde diesbezüglich am 17. Juni vernommen. Dabei wurde gefragt, ob S. den „Dieb“ (M) kenne, dem die Altten von einem Werksbeamten erhalten habe. Da bei Kameraden Schacht beides nicht der Fall war, mußte man auch da unverrichteter Sache abgehen.
Doch das schönste kommt noch. Wie uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat die Fürstliche Verwaltung ein geheimes Rundschreiben an die ihr unterstellten Grubenbeamten erteilt. Darin werden demjenigen, welcher die Altten wieder zur Stelle schafft, bezw. die Person, welche die Altten der Arbeiterpresse übermitteln hat, namhaft machen kann, 500 Mrk. Belohnung zugesichert. Wenn das nichts für die Wägen ist, da weiß man nicht, was besser ist. Ob's helfen wird? Wir fürchten, daß wenn man noch tiefer in denbeutel greift, trotzdem ein negatives Resultat zu erwarten ist.
Angeflücht dieser Vorkommnisse wirkt das von Herrn Emert in Nr. 39 des „Feierabend“ veröffentlichte prophatische Geschreibsel höchst lächerlich. Emert schreibt dort u. a. „Die Unfähigkeit und Belanglosigkeit dieses gefahrenen Altmaterials im Kampfe gegen die Reichstreu“... „Scheint selbst dem uns Bekannten jetzigen Bestreben einzuleuchten“... „Wie hochfahrend und siegesicher das König. Wenn man den Bestreben kennt, braucht man doch keine Belohnung, dort 500 Mrk. auszugeben.“ Die heiligen Grubenherren schmecken doch, wenn z. B. die Arbeiter etwas mehr Lohn haben wollen, mit dem Gelde nicht zu herum. Warum auf

Die Welt erobern haben sich die Kolonialmächte...

Achtung! Kallenporträt-Verein im August...

Versammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder...

Kamen. Zum Abmarsch nach dem Halbesundensee...

Dankagung. Für die zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung...

Bochum. Die Gewerkschafts-Bibliothek ist jeden Sonntag...

Cigarren. 100 Stück. 2,50 2,80 3,00...

Jonass & Co. Berlin SW. 258. Teile Alliancestraße 3.

Teilzahlungen. Die besten Uhren u. Goldwaren.

Elektrilliere. Dich selbst! Herbeulieder, Rheumatismus...

Bergarbeiter u. Sozialisten geeicht. Welche den Vertrieb hochgelobter Artikel...

FAßTEN. Reinecke, Hannover. Billige böhmische Beutledern...

Belegchäfts-Versammlungen. Sonntag, den 5. Juli 1908.

Knappschaftsmittglieder-Versammlungen. Sonntag, den 5. Juli 1908.

Bergarbeiter-Verfammlungen. Sonntag, den 5. Juli 1908.

Zeit-Weissenfelder u. Meuselwitzer Revier. Achtung Berg- und Fabrikarbeiter!

Rechtsschutztag für Hattlingen und Umg. Allen Rechtschutzsuchenden von Hattlingen...

Ganz umsonst an Magen-Leidende 43000 Gratisdosen. Dieses Angebot machen wir allen...

unentgeltlich und franko. 1 Gratisprobe „Stomagen“, 1 Broschüre...

Nur für Gewerkschaftler und Parteigenossen! Neue u. getragene Anzüge...

Reisekörbe. Kaufst man direkt von der Fabrik Julius Treubar, Grimma 438.

Nervenschwäche und Männerkrankheiten. Kreisgelehrter, lehrreicher Ratgeber...

Hubertus-Fahrräder. u. Zubehörteile, sowie Revolver, Pistolen, Teschings...

Ein Sortiment Lieder. bestehend zu Massengefängen bei Zahlstellenschriftlichen...

Ein Sortiment Lieder. bestehend zu Massengefängen bei Zahlstellenschriftlichen...

Makulatur. in unserer Druckerei billig zu haben.

Kuhrbergleute! Auf zum Protest! Der Geheimbund der Zechenbesitzer gegen die Bergarbeiter.

öffentliche Bergarbeiter-Massen-Versammlungen! Sonntag, den 5. Juli 1908.

Sonntag, den 12. Juli 1908: Bezirk Gelsenkirchen. Nachmittags 4 Uhr...

Bezirk Wurm-Gschweiler Revier. Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr...

Bezirks-Mitglieder-Versammlung. Bericht über den Gewerkschaftstongress in Hamburg.

Zahlstellen-Seste. Katernberg I u. II. Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr...

Rositz. Sonntag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr...

Vornholz-Durchholz. Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr...

Beinkranke. Ich mein Bein selbst? von Dr. Strahl, Hamburg...

Nervenschwäche. und Männerkrankheiten. Kreisgelehrter, lehrreicher Ratgeber...

Hubertus-Fahrräder. u. Zubehörteile, sowie Revolver, Pistolen, Teschings...

Ein Sortiment Lieder. bestehend zu Massengefängen bei Zahlstellenschriftlichen...

Ein Sortiment Lieder. bestehend zu Massengefängen bei Zahlstellenschriftlichen...

Ein Sortiment Lieder. bestehend zu Massengefängen bei Zahlstellenschriftlichen...

Solitaria-Fahrräder. Das beste Rad der Gegenwart!

Eintraochthütte. Meinem lieben Frau zu ihrem am 27. Juni festgefundenen Geburts-tage...

Lebe hoch! Gebühret von Stanis. Ethya.

Lebe hoch! Gebühret von Freunden und Bekannten.

Gahmen bei Lüney. Meinem lieben Mann und unserm guten Vater...

Glück und Segenswünsche! Gebühret von Frau und Kindern.

Horsternmark. Dem Kameraden Edwin Barth zu seinem am 5. Juli festgefundenen Geburts-tage...

Glück und Segenswünsche! Gebühret von Bruder u. Schwägerin.

Merbek. Unserem lieben Bruder u. Schwager Max Wärtter zu seinem am 26. Juni festgefundenen 51. Geburts-tage...

Glück auf! Gebühret von P. B., J. W., W. W.

Overberge b. Kamen. Meinem L. Mann Robert Scholz zu seinem am 30. Juni festgefundenen 51. Wiegens-feste...

Ein Sortiment Lieder. bestehend zu Massengefängen bei Zahlstellenschriftlichen...

Mer Stellung sucht. verlange die „Deutsche Vaterlandspartei“-Häftlinge 288.

Rotwein zu 63 Pf. garant. unverfälscht, p. Lit. i. Faß 5: 30 Lit. ob 65 Pf. mit Flasche u. 12 Pf. an Nachn. Beste frei. G. W. Dehnen, Coblenz a. Rh. 476.